



Institut für Föderalismus
Institut du Fédéralisme
Institute of Federalism

JAHRESBERICHT RAPPORT ANNUEL

2024

1984
2024

40 JAHRE
ANS

Inhaltsverzeichnis

	WORT DER PRÄSIDENTIN	3
1.	VORWORT	4
1.1	Flaggschiffe der Weiterbildung und des Austausches	5
1.2	Grundlagenforschung und angewandte Forschung	5
1.3	Dank	6
2.	DAS JAHR 2024 IM ÜBERBLICK	6
2.1	Nationaler Bereich	6
2.2	Internationaler Bereich	7
3.	IM FOKUS	9
3.1	Rechtsgutachten	9
3.2	2. Freiburger Föderalismustage	10
3.3	Abschlusskonferenz des SNIS-Projekts «Power-sharing for Peace? Between Adoptability and Durability in Lebanon, Syria, and Iraq»	12
4.	ORGANISATION	14
4.1	Interne Entwicklungen	14
4.2	Institutsrat	15
4.3	Mitarbeitende	16
4.4	Organigramm	18
5.	DIE TÄTIGKEITSBEREICHE IM EINZELNEN	19
5.1	Forschung und Publikationen	19
5.2	Expertisen	21
5.3	Study Tours	22
5.4	Weiterbildungen	22
5.5	Vorträge und Konferenzen	24

Table des matières

	MOT DE LA PRÉSIDENTE	30
1.	AVANT-PROPOS	31
1.1	Les fleurons de la formation continue et des échanges	32
1.2	Recherche fondamentale et recherche appliquée...	32
1.3	Remerciements	33
2.	L'ANNÉE 2024 DANS LE RÉTROVISEUR	33
2.1	Centre national	33
2.2	Centre international	34
3.	SOUS LA LOUPE	36
3.1	Avis de droit	36
3.2	2 ^e Journées Fribourgeoises du Fédéralisme	37
3.3	Conférence finale clôturant le projet du SNIS «Le partage du pouvoir pour la paix? Entre accept- abilité et pérennité au Liban, en Syrie et en Irak»	39
4.	ORGANISATION	41
4.1	Développements internes	41
4.2	Conseil de l'Institut	42
4.3	Collaboratrices et collaborateurs	43
4.4	Organigramme	45
5.	LES DIFFÉRENTS DOMAINES D'ACTIVITÉ	46
5.1	Recherche et publications	46
5.2	Expertises	48
5.3	Study Tours	49
5.4	Formation continue	49
5.5	Exposés et conférences	51

WORT DER PRÄSIDENTIN

Während die Herausforderungen der heutigen Zeit für die Bevölkerung und künftige Generationen eine koordinierte Antwort verlangen und die internationale Lage einen kühlen Kopf erfordert, kann sich die Schweiz auf ihre föderalistische Tradition verlassen. Ein Föderalismus, dessen Qualitäten selten so wichtig waren, um ein solides Fundament zu erhalten und nachhaltige Projekte aufzubauen.

In unserem alltäglichen Leben verliert man manchmal leicht aus den Augen, was den Reichtum unseres Systems ausmacht. Der Föderalismus, wie wir ihn in der Schweiz praktizieren, ermöglicht es, die verschiedenen Stimmen zu hören, die innerhalb der Gesellschaft zum Ausdruck kommen. Er gibt jeder Region die Möglichkeit, sich zu äussern und ihre Meinung auch gehört zu bekommen. Unter Berücksichtigung der verschiedenen Minderheiten bietet die Mehrheit Lösungen an, die flexibel genug sind, um sich in verschiedenen Kontexten zu entfalten und sich so den lokalen Besonderheiten anzupassen. Diese Flexibilität beruht auf den gemeinsamen Leitlinien, die von den verschiedenen Regionen, aus denen sich unser Land zusammensetzt, festgelegt wurden. Diese gemeinsamen Nenner garantieren die Einheit in der Vielfalt und die Kohärenz unserer Institutionen. Der Schweizer Föderalismus fördert die interkantonale Solidarität und das gegenseitige Verständnis, indem er allen Ebenen die Möglichkeit gibt, gemeinsam zu handeln. Der Föderalismus bedeutet auch, die Verantwortlichkeiten und deren Wahrnehmung genau zu identifizieren. Dies ist eine langfristige Aufgabe, die in regelmässigen Abständen neu bewertet werden muss, um mit den Veränderungen in unserer Gesellschaft Schritt zu halten.

Diese Prozesse, welche auf den ersten Blick komplex erscheinen mögen, sind der Hintergrund für unser tägliches Funktionieren. Es ist jedoch unerlässlich, diese ständig neu zu hinterfragen. Über den Föderalismus nachzudenken und ihn zu analysieren, beweist heute vielleicht mehr denn je seine Relevanz. Während die Bedrohungen für unsere Demokratien zunehmen, Ideen und Positionen polarisiert werden, ist es notwendig, dieser Verhärtung unserer Gesellschaften entgegenzuwirken, indem wir den Aufstieg des Populismus bekämpfen, Ideen integrieren und die Bedürfnisse aller Menschen hören. Gemeinsame, konsensfähige Lösungen zu suchen und gleichzeitig den Regionen ihren Handlungsspielraum zu lassen: Das ist es, was die Organisation unseres Landes bisher erfolgreich gemacht hat.

Das Institut für Föderalismus arbeitet seit nunmehr über 40 Jahren an der Analyse, Reflexion und Bewertung neuer Perspektiven, die den Föderalismus zu einem sich ständig weiterentwickelnden und zeitgemässen Organisationsinstrument machen, und verfügt über ein fundiertes juristisches Wissen, anerkannte Kompetenzen und hohe Qualität in seinen Forschungsarbeiten. Ich möchte an dieser Stelle die Qualität der geleisteten Arbeit des gesamten Institutsteams ausdrücklich würdigen.



Als Präsidentin der ch Stiftung und glühende Föderalistin freue ich mich auch darüber, dass viele Personen und Institutionen den Föderalismus mit seinen vielen Facetten verteidigen. Ich nenne hier das Forum für Zweisprachigkeit in Biel, das 2024 den Föderalismuspreis für sein Engagement für den zwischen sprachlichen Austausch erhalten hat, aber auch die ch Sammlung (Collection ch), die ihr 50-jähriges Bestehen gefeiert hat und sich ebenfalls für die Verbreitung von Ideen über Sprachbarrieren hinweg einsetzt, indem sie über 300 übersetzte Titel der Schweizer Literatur anbietet.

Die vielen verschiedenen Aspekte des Föderalismus werden auch nächstes Jahr auf der Nationalen Föderalismuskonferenz beleuchtet. Am 13. und 14. November werden im Kanton Zug Expertinnen und Experten über den Zentralisierungsdruck und seine Auswirkungen auf den Föderalismus diskutieren. Die Konferenz wird sich auch mit der Digitalisierung und ihrer Vereinbarkeit mit dem Föderalismus befassen. Das Programm zeigt, welche Herausforderungen unser System zu bewältigen hat und wie gross das Interesse daran ist.

Florence Nater, Staatsrätin, Neuenburg

1. VORWORT

2024 war für das Institut für Föderalismus ein Jubiläumsjahr: Vor 40 Jahren entschied die ch Stiftung für eidgenössische Zusammenarbeit, ihr Kompetenzzentrum an der Universität Freiburg anzusiedeln. Die Universität übernahm die bestehende Bibliothek und Dokumentation zum kantonalen Recht. Das Institut für Föderalismus, zunächst unter der Leitung von Prof. Thomas Fleiner (1985–2008) und später Prof. Peter Hänni (2008–2017), profilierte sich bald in der Dokumentation des kantonalen Rechts und in der Observation des schweizerischen Föderalismus, erteilte Rechtsauskünfte, verfasste Gutachten und engagierte sich in der Weiterbildung. 1997 wurde mit der Gründung des International Research and Consulting Centre (IRCC) die internationale Zusammenarbeit und Beratung, die ab den 1990er Jahren immer bedeutender wurde, institutionell verankert und die Zusammenarbeit mit dem EDA und der DEZA verstärkt.

Die Direktion und die Mitarbeitenden des Instituts nahmen das Jubiläum zum Anlass für einen feierlichen Marschhalt. Wir besuchten unser geschätztes Schwesterinstitut in Innsbruck und nutzten die Gelegenheit, im Rahmen eines gemeinsamen Kolloquiums Fragen und Themen zu diskutieren, die unsere beiden Bundesstaaten beschäftigen. Gleichzeitig erhielten wir die Gelegenheit, den Tiroler Landtag zu besuchen und an einer kundigen Führung durch die schmucke Altstadt von Innsbruck teilzunehmen.

Seit einigen Jahren bemüht sich das Institut um eine stabile Grundfinanzierung, die es erlaubt, für die Erbringung wissenschaftlich fundierter Dienstleistungen im internationalen und nationalen Kontext die nötigen (personellen) Strukturen langfristig zu sichern. Bereits vor bald fünf Jahren hat die Bundesversammlung durch die Annahme einer entsprechenden Motion (19.3008) den Bundesrat beauftragt, sich an der Grundfinanzierung des kantonalen Kompetenzzentrums für Föderalismus in angemessenem Umfang zu beteiligen. In diesem Jahr hat der Bundesrat den Vorwurf für ein Bundesgesetz über Finanzhilfen für das Institut für Föderalismus in Vernehmlassung gegeben. Nach Auffassung des Institutsrats und der Institutsleitung würden bereits die bestehenden Rechtsgrundlagen eine Beteiligung des Bundes an der Grundfinanzierung erlauben. Insbesondere die Dienstleistungen im internationalen Bereich liessen sich ohne weiteres auf das Bundesgesetz über die internationale Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe abstützen. Stattdessen wird verschiedentlich – auch von Behörden – darauf hingewiesen, dass universitäre

Institute bereits über das Bundesgesetz über die Förderung der Universitäten und über die Zusammenarbeit im Hochschulbereich finanziell unterstützt würden. Dieses Argument geht jedoch fehl, weil es bei der Frage der Grundfinanzierung des Kompetenzzentrums für Föderalismus, anders als beim Universitätsgesetz, gerade nicht um die Finanzierung von Forschung und Lehre, sondern um Dienstleistungen geht, die nicht im Auftrag der Universitäten liegen, sondern der Entwicklungszusammenarbeit oder der Pflege des Föderalismus in der Schweiz dienen. Wenn eine gesetzliche Grundlage dennoch geschaffen werden soll, würde sie wohl sinnvoller im Bundesgesetz über Massnahmen zur zivilen Friedensförderung und Stärkung der Menschenrechte untergebracht. Dieses Gesetz zielt zwar vor allem auf Massnahmen im Ausland, doch haben in diesem Gesetz auch die neuen Normen zur Nationalen Menschenrechtsinstitution (NMRI) ihren Platz gefunden. Dessen ungeachtet dürfte es das Anliegen aus anderen Gründen schwer haben. Seit einigen Monaten sind auch in der öffentlichen Hand Sparmassnahmen und budgetäre Einschränkungen zum festen Bestandteil des politischen Diskurses geworden, der auch vor den Universitäten und ihren Instituten nicht Halt macht. Für das Institut für Föderalismus, das institutionell in die Rechtswissenschaftliche Fakultät der Universität Freiburg eingebettet, von seinem Profil aber stark auf Dienstleistungen zugunsten von Bund und Kantonen ausgerichtet ist, ist der wachsende Kostendruck besonders einschneidend. In diesem Jahr mussten bereits erste Sparmassnahmen getroffen werden. Angesichts der zahlreichen Konflikte in vielen Teilen der Welt und der zunehmenden Polarisierung auch in etablierten Demokratien erscheint es als sehr bedauerlich, dass das Institut die Erfahrungen der Schweiz und anderer Länder beim friedlichen Umgang mit Vielfalt und anderen Themen des Föderalismus, damit nur noch beschränkt zur Verfügung stellen kann.

Trotz des schwierigen Umfelds konnten wir verschiedene bewährte Programme weiterführen und einige neue Projekte initiieren. Zwar erhöhen die aufwändigen Einzelfinanzierungen der verschiedenen Dienstleistungen den administrativen Aufwand erheblich – auch auf Seiten unserer Partner – doch bleibt unsere Motivation ungebrochen, in- und ausländischen Akteuren mit wissenschaftlich fundiertem Rat und massgeschneiderten Weiterbildungen zur Verfügung zu stehen. Der vorliegende Jahresbericht soll Ihnen einen Einblick über die verschiedenen Aktivitäten unseres Instituts verschaffen.

1.1 Flaggschiffe der Weiterbildung und des Austausches

Die «Summer University» zum Thema Föderalismus, Dezentralisierung und Konfliktbeilegung konnte in diesem Jahr zum 30. Mal durchgeführt werden. Über 40 Teilnehmende und Dozierende aus den verschiedensten Teilen der Welt haben sich ein weiteres Mal während drei Wochen intensiv mit der Frage befasst, wie Staaten auf verschiedenen Ebenen funktionieren können, wie Minderheiten geschützt und Demokratie und Menschenrechte nachhaltig gestärkt werden können. Um das Jubiläum zu feiern, fand im Rahmen der «Summer University» auch eine zweitägige internationale Konferenz statt, die sich mit der Frage befasst hat, ob und wie der Föderalismus Antworten auf aktuelle Konflikte bietet.

Bereits zum zweiten Mal konnten wir in diesem Jahr mit den *Freiburger Föderalistentagen* eine Plattform für den interdisziplinären Austausch zwischen Fachleuten, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern und Entscheidungsträgern bieten. Zwei Tage lang beschäftigte sich die Veranstaltung mit der Kompetenz- und Aufgabenteilung im schweizerischen Bundesstaat. Dieses Thema ist nicht zuletzt aufgrund der im Juni 2024 wieder aufgenommenen Bestrebung von Bund und Kantonen, die bestehende Aufgabenteilung zwischen den föderalen Ebenen zu überprüfen und Vorschläge für eine weitere Entflechtung gemeinsam realisierter und finanzierter Aufgaben zu erarbeiten, von grösster Aktualität. In diesem Zusammenhang stiess das Referat von Frau Bundesrätin Karin Keller-Sutter auf ein besonders grosses Interesse. Die Tagung nahm das gemeinsame Projekt von Bund und Kantonen zum Anlass, um einerseits über die Grundsätze der Aufgaben- und Kompetenzverteilung zu debattieren und andererseits deren Anwendung im Gesundheits- und Sozialwesen zu vertiefen (im Einzelnen Kap. 3.2).

1.2 Grundlagenforschung und angewandte Forschung

Im Rahmen des Forschungsprojekts «*Improving Swiss Pandemic Governance – How to Strengthen Democracy, Federalism and Human Rights Implementation in Times of Crisis*», welches im Rahmen des Nationalen Forschungsprogramms «Covid-19 in der Gesellschaft (NFP 80)» durchgeführt wurde, konnten bereits erste Zwischenergebnisse erzielt werden, die in drei Publikationen eingeflossen sind: Ein erster Beitrag («Stärkung des Parlaments in Krisenzeiten») unterzog der im Nachgang an die Covid-19-Pandemie beschlossenen Änderung des Parlamentsgesetzes einer Würdigung. Ein zweiter Beitrag («Gerichtliche

Kontrolle von Notrecht») analysierte bestehende Rechtsschutzdefizite und formulierte Verbesserungsvorschläge für Anpassungen des gerichtlichen Rechtsschutzes zur Stärkung des Rechtsstaates in ausserordentlichen Situationen. Ein weiterer Beitrag («Kantonale Notrechtssysteme») untersuchte die Gemeinsamkeiten und Unterschiede der kantonalen Notrechts- und Notstandsklauseln. Darüber hinaus brachte sich das Forschungsteam in die Vernehmlassung zur Teilrevision des Epidemiengesetzes ein, indem es Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Verwaltung und (Rechts-)Wissenschaft in einem Workshop versammelte und sich an der Vernehmlassung beteiligte. Das Forschungsteam wurde ausserdem bereits in laufende Diskussionen zu Reformen des kantonalen Notrechts einbezogen. Bereits heute zeigt sich, dass das Projekt – wie erwünscht – die Verbindung zwischen Wissenschaft und Praxis ermöglicht. Der Austausch mit der Praxis bereichert die wissenschaftliche Analyse, deren Ergebnisse wiederum in laufende Reformen zurückfliessen.

Erste Ergebnisse konnten wir auch im Rahmen unseres Projekts «*Legitimult*» vorlegen, das von der EU und vom Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation finanziert wird. Im Rahmen dieses Projekts, an dem zehn europäische Partner beteiligt sind, werden umfassende Datensätze erstellt, die aufzeigen, welchen Einfluss staatliche Mehrebenensysteme auf die Massnahmen hatten, die während der Covid-19-Pandemie ergriffen wurden. Anhand dieser Datensätze untersuchen wir vergleichend, wie sich Föderalismus, Dezentralisierung und Europäisierung auf die verschiedenen Aspekte der Krisengouvernanz, wie Rechtsstaatlichkeit, demokratische Teilhabe, Menschenrechte, Vertrauen sowie Wirtschafts- und Steuerpolitik, auswirken. Im Rahmen einer Zwischenkonferenz, die im April in Ljubljana stattgefunden hat, haben sich die Partner über ihre Zwischenergebnisse ausgetauscht; die ersten Resultate, welche die Auswirkungen der Covid-19-Massnahmen auf die demokratische Staatsführung und auf die Mehrebenensysteme untersuchen, liegen mittlerweile vor. Die letzten Monate des Projekts stehen im Zeichen der Entwicklung von Modellen legitimer Krisenbewältigung und der Erarbeitung von Empfehlungen. Diese werden nächstes Jahr im Rahmen einer Schlusskonferenz, die in Brüssel stattfinden wird, einem breiteren Publikum bekannt gemacht.

Schliesslich sind in der angewandten Forschung die zahlreichen Gutachten und Rechtsabklärungen zu erwähnen, die das Institut im Auftrag von Aufgabenträgern in den verschiedensten Bereichen

2. DAS JAHR 2024 IM ÜBERBLICK

2.1 Nationaler Bereich

des Staats- und Verwaltungsrechts erbringt. Das Schwergewicht liegt dabei auf verfassungsrechtlichen Fragen der Staats- und Behördenorganisation sowie auf Gebieten aus dem kantonalen Verwaltungsrecht (vgl. im Einzelnen Kap. 3). Die Gutachten bereichern die wissenschaftliche Durchdringung der föderalen Staatsorganisation und sind überdies für die Finanzierung der Grundstrukturen des Instituts unverzichtbar.

1.3 Dank

Der Direktion ist es ein Anliegen, den Mitgliedern des Institutsrats unter der Leitung von Staatsrätin Florence Nater für ihr Vertrauen und ihre Wertschätzung herzlich zu danken. Wir freuen uns, zusammen mit unseren Partnern an der Weiterentwicklung des Föderalismus mitzuwirken. Ein besonderer Dank gebührt unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die mit ihrem engagierten Einsatz zur Ausstrahlung des Instituts massgeblich beitragen.

Eva Maria Belser
Bernhard Waldmann
Andreas Stöckli

Auf der Grundlage einer Vereinbarung mit der ch Stiftung aus den Jahren 2014/2018 erbringt das Institut gewisse «Basisdienstleistungen» für die Kantone. Dazu gehört insbesondere die Beobachtung föderalismusrelevanter Forschung, Rechtsprechung und Rechtsetzung. Die wichtigen Ergebnisse dieser Analyse werden insbesondere über regelmässig erscheinende Newsletter bekanntgemacht. So finden sich in den vier Ausgaben des Jahres 2024 neben Hinweisen auf aktuelle Entwicklungen in Rechtsetzung, Rechtsprechung und Forschung u.a. Besprechungen zu einer politikwissenschaftlichen Dissertation zum Lobbying der Kantone und einer rechtswissenschaftlichen Dissertation zur Stellung der Städte im Bundesstaat, Analysen zu einzelnen Bundesgerichtsurteilen sowie Abhandlungen zur digitalen Transformation im föderalen Bundesstaat oder zum Vollzugsföderalismus. Das Institut veröffentlichte ausserdem auch in diesem Jahr wiederum Newsletter zu den kantonalen Abstimmungsvorlagen und Abstimmungsergebnissen.

Im Rahmen des vom Schweizerischen Nationalfonds finanzierten Forschungsprojekts zu Gouvernanzfragen in Krisenzeiten (NFP 80) sind erste wissenschaftliche Beiträge veröffentlicht worden: In einem ersten Beitrag werden die verfassungsrechtlichen Notrechts- und Notstandsklauseln der Kantone anhand bestimmter Kriterien (Systematik, Anwendungsvoraussetzungen, Umfang, rechtsstaatlich-demokratische Korrektive) miteinander verglichen und gewürdigt. Ein zweiter Beitrag zeigt anhand von Fallbeispielen auf, dass der (gerichtliche) Rechtsschutz während der Covid-19-Pandemie lückenhaft war und macht Anpassungsvorschläge. Ein weiterer Beitrag befasst sich mit der Revision des Parlamentsgesetzes zur Stärkung der Bundesversammlung in künftigen Krisensituationen. Des Weiteren organisierte das Institut im Januar einen Workshop zur geplanten Teilrevision des Epidemiengesetzes: nach einer Präsentation des Vernehmlassungsentwurfs wurde dieser aus rechtlicher, staatspolitischer und legistischer Sicht gewürdigt. Schliesslich wurde das Forschungsteam im April nach Glarus eingeladen, um die Vorlage zur «Stärkung der Krisensicherheit des politischen Systems» des Kantons Glarus zu diskutieren.

Im Bereich der angewandten Forschung verfasste das Institut auch in diesem Jahr wiederum mehrere Gutachten. Diese werden unter Kap. 3.1 aufgeführt.

Schliesslich war das Institut auch im Bereich der Weiterbildung wiederum sehr aktiv. Zu erwähnen ist insbesondere die zweite Ausgabe

der Freiburger Föderalismustage, die der Kompetenz- und Aufgabenteilung im schweizerischen Bundesstaat gewidmet war (vgl. dazu Kap. 3.2). Im Rahmen der Murtner Gesetzgebungsseminare fanden 2024 je ein Seminar zur Rechtsetzungsmethodik und zur Gesetzesredaktion statt. Die Seminare waren wie immer ausgebucht. Dazu kommen zahlreiche Vorträge an Weiterbildungsveranstaltungen, Konferenzen und Kolloquien (vgl. die detaillierte Liste unten Kap. 5.).

2.2 Internationaler Bereich

Föderalismus, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte und Machtteilung: Das Spektrum der Themen, mit denen sich das Internationale Forschungs- und Beratungszentrum (IRCC) im Jahr 2024 beschäftigte, war breit gefächert und wir waren weiterhin in Regionen auf der ganzen Welt aktiv, insbesondere im globalen Süden. Der wichtigste Höhepunkt des Jahres 2024 war die Organisation der 30. Auflage der Summer University über Föderalismus, Dezentralisierung und Konfliktlösung, an der mehr als 40 TeilnehmerInnen aus der ganzen Welt nach Freiburg kamen. Anlässlich des Jubiläums organisierte das IRCC auch eine Konferenz zum Thema «Is Federalism a Viable Tool in Times of Crisis?». Die Konferenzthemen spiegelten den weltweit zu beobachtenden Rückgang der Demokratie wider. Namhafte nationale und internationale

Wissenschaftler untersuchten unter anderem die komplexe Beziehung zwischen Föderalismus, Demokratie und Konfliktlösung, zeigten auf, wie föderale Strukturen Konflikte entweder stabilisieren oder verschärfen können, und gaben wertvolle Einblicke in ihre Rolle in der heutigen politischen Dynamik. Die Konferenzberichte werden als frei zugängliche IFF-Arbeitspapiere veröffentlicht: <https://www.unifr.ch/federalism/en/research/iffworkingpaperonl.html>.

Zwei Forschungsprojekte, an denen das IRCC beteiligt war, endeten im Jahr 2024: «LOGOV – Local Government and the Changing Urban-Rural Interplay» und «Power-sharing for Peace? Balancing Adaptability and Durability in Lebanon, Syria, and Iraq», unterstützt durch das Schweizerische Netzwerk für Internationale Studien (SNIS). Beide Projekte wurden mit einer Abschlusskonferenz abgeschlossen, letztere wurde vom IRCC in Freiburg organisiert (siehe auch Kap. 3.3). Die Forschungsprojekte Legitimult <https://legitimult.eu/> und Swiss Pandemic Governance <https://www.nfp80.ch/en/BzzNJF6Mn1fA4PuO/project/crisis-management-strengthening-democracy-human-rights-and-federalism> wurden 2024 fortgesetzt und umfassten mehrere Konferenzen und Workshops.

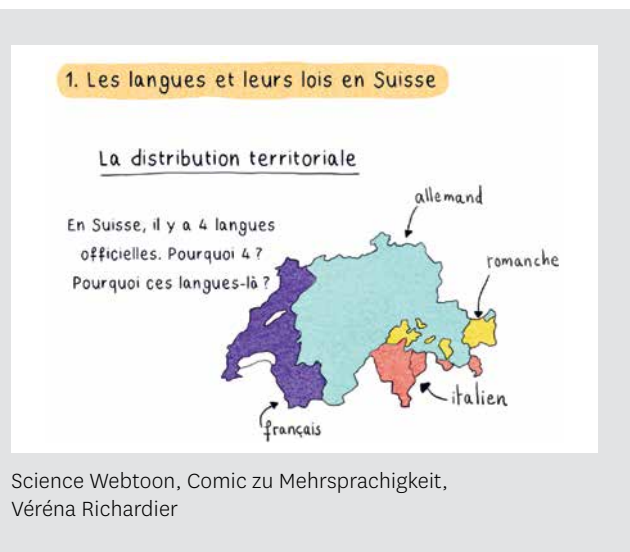
Ein neues interdisziplinäres Projekt «Wie spricht die Schweiz? Konsensdemokratie, Mehrsprachigkeit und politische Partizipation» ist



Impressionen Summer University 2024



2024 angelaufen. Als Teilprojekt der Forschung zur «Zukunft der Schweiz» an der Universität Freiburg wird das Projekt in Zusammenarbeit mit dem Institut für Mehrsprachigkeit durchgeführt und von der Mobiliar finanziert. Es befasst sich mit der Frage nach dem Zusammenhang von Plurilingualismus, Multilingualismus, den politischen Institutionen und rechtlichen Rahmenbedingungen in der Schweiz.



Das IRCC war 2014 an mehreren Konferenzen vertreten, z.B. an der IACFS-Konferenz in Antwerpen (Prof. Eva Maria Belser, Daan Smeeckens), der Jahrestagung der Schweizerischen Vereinigung für Politikwissenschaft, St. Gallen und der ECPR General Conference in Dublin (Dr. Edina Szöcsik), der Canadian Political Science Association, Montreal und der Konferenz der Konrad-Adenauer-Stiftung über Myanmar, Como (Dr. Sören Keil), sowie an der Scuola Democratica, Universität Cagliari (Dr. Verena Richardier).

Das IRCC empfing auch in diesem Jahr Gastforschende aus verschiedenen Ländern, darunter Äthiopien, Südafrika, Nigeria, Türkei, Polen, Italien und der Ukraine. Im Rahmen des LOGOV-Projekts absolvierte Dr. Rekha Oleschak einen Forschungsaufenthalt an der National University of Singapore und Tamara Wanner an der Universität Nacional de San Martin, Buenos Aires, Argentinien.

Zu den vom IRCC durchgeführten Beratungsarbeiten gehörte das Projekt zum fiskalischen Föderalismus in Somalia, das in Zusammenarbeit mit der Weltbank und der DEZA durchgeführt wurde. Im

Rahmen dieses Beratungsprojekts unterstützte das IRCC die Ausarbeitung eines Grundsatzpapiers zum fiskalischen Föderalismus, das vom Finanzministerium angenommen und die Grundlage für mittelfristige Reformen des fiskalischen Föderalismus bilden sollte. Das IRCC arbeitete auch an einer vergleichenden Studie über die Verwaltung von Land in föderalen Ländern, mit einem Schwerpunkt auf dem Zusammenhang zwischen der Verwaltung von Land und dem Föderalismus in Myanmar.

Zu den Outreach-Aktivitäten gehörte eine neue Zusammenarbeit mit dem Politforum in Bern, die zwei Veranstaltungen in Form einer «Democracy Bar» umfasste, die erste über die indischen Wahlen (Dr. Rekha Oleschak) und die zweite über die Rolle der Parlamente in Krisenzeiten (Luis Maiorini). Zu den weiteren Aktivitäten gehörten das Programm «Turn on Federalism» in Zusammenarbeit mit der Hanns-Seidel-Stiftung und ein mit der Convivenza-Stiftung organisiertes Seminar mit einem Vortrag über «Menschen- und Minderheitenrechte in der Krise» von Prof. Joseph Marko (ehemaliger internationaler Richter des Verfassungsgerichts von Bosnien-Herzegowina).

Das IRCC hielt auch zwei Kurse für die Spring University in Myanmar ab und organisierte Schulungsprogramme für seine anderen Partner. Prof. Eva Maria Belser hielt Vorträge bei der EURAC Winter School on Comparative Federalism und an der Universität Addis



Besuch Mitglieder des Generalsekretariats für Dezentralisierung DR Kongo, Oktober 2024

3. IM FOKUS

3.1 Rechtsgutachten

Abeba und war ebenso an Schulungsprogrammen in Zypern und der Demokratischen Republik Kongo beteiligt.

Auch im Jahr 2024 blieb das Fundraising eine grosse Herausforderung für das IRCC: Zwar konnten wir einige Mittel einwerben, beispielsweise für die Summer University und ihre Konferenz (SNF, Aargauer Stiftung, EDA, DEZA, Toni Hagen Stiftung), für das Outreach-Projekt zu Webtoons (Jubiläums-Forschungsfonds der Universität Freiburg) und im Rahmen der laufenden Forschungsprojekte, doch die langfristige Durchführung der Aktivitäten wird ohne institutionelle finanzielle Unterstützung eine Herausforderung bleiben.

Das IRCC setzte seine Geschichte hervorragender Veröffentlichungen im Jahr 2024 mit Beiträgen von Teammitgliedern zu Sammelbänden, Zeitschriftenartikeln und Blogbeiträgen fort. Dr. Edina Szöcsik und ihre Mitautoren wurden für den Artikel «The Framing Territorial Demands (FraTerr) dataset: A novel approach to conceptualizing and measuring regionalist actors' territorial strategies» mit dem Best Article Prize der Zeitschrift *Regional and Federal Studies* ausgezeichnet: <https://www.tandfonline.com/journals/frfs20/collections/best-paper-prize-regional-federal-studies> (siehe auch Kap. 5).

Zu den Kerntätigkeiten des Instituts für Föderalismus gehört seit vielen Jahren auch das Verfassen von Rechtsabklärungen und Gutachten zu Fragen des Staats- und Verwaltungsrechts. Das Schwergewicht liegt dabei auf verfassungsrechtlichen Fragen der Staats- und Behördenorganisation sowie auf Gebieten des kantonalen Verwaltungsrechts. Auch im Jahr 2024 hat das Institut wieder mehrere Gutachten verfasst, welche nachfolgend in der gebotenen Kürze aufgeführt werden.

Im Auftrag der Justizdirektion des Kantons Uri untersuchte das Institut die Rechtsgültigkeit der *Volksinitiative «Isleten für alle»*. Diese Initiative verlangte den Erlass einer gesetzlichen Nutzungsordnung für das Gebiet Isleten am westlichen Ufer des Vierwaldstättersees. Im Gutachten wurde die Gültigkeit der Volksinitiative im Lichte des kantonalen Rechts sowie der Minimalvoraussetzungen des Bundesrechts (Art. 34 Abs. 2 BV) geprüft. Im Vordergrund stand die Frage, ob sich die Initiative auf einen zulässigen Gegenstand bezieht bzw. die Erarbeitung eines unzulässigen Einzelfallgesetzes verlangt. Das Gutachten kam zum Schluss, dass sich eine Gesetzesinitiative nach der Urner Kantonsverfassung auch auf Erlasse mit generell-konkreten Bestimmungen beziehen kann und die Verfassung «Nutzungspläne in Gesetzesform» bzw. Initiativen darüber nicht ausschliesst. Das Gutachten kam ausserdem zum Schluss, dass die Initiative die Grundsätze der Einheit, der Form und der Einheit der Materie respektiert und keinen Widerspruch zum übergeordneten Recht – insbesondere zum Raumplanungsrecht und zur Gemeindeautonomie – enthält. Die Initiative wurde schliesslich am 24. November 2024 an der Urne verworfen.

Weiter befasste sich das Institut mit der abfallrechtlichen Qualifizierung von sogenannten Hydroxidschlammern. Hydroxidschlämme fallen bei der Aufbereitung von Rückständen aus der Rauchgasreinigung von Kehrrechtverwertungsanlagen (KVA) an und enthalten einen hohen Anteil an Metallen, die als Sekundärressource genutzt werden können oder als Schadstoffe die Umwelt belasten. Auftraggeberin des Gutachtens war die SwissZinc AG. Diese bezweckt die Planung, den Bau und den Betrieb einer Anlage zur Rückgewinnung von Metallen, insbesondere Zink, aus Rückständen der Kehrrechtverbrennung in KVA. Das Sekretariat der Wettbewerbskommission (WEKO) kam in einer Vorabklärung zum Schluss, dass bei der Umsetzung des Projekts in der geplanten Form Anhaltspunkte für unzulässige Wettbewerbsbeschränkungen bestünden. Die WEKO ging dabei davon aus, dass die Hydroxidschlämme, aus denen das

Zink gewonnen werden soll, Sonderabfälle darstellen, die zu den «übrigen Abfällen» im Sinne von Art. 31c USG zu zählen sind. Die SwissZinc AG beauftragte das Institut für Föderalismus mit einem Gutachten zur Frage, ob Rückstände aus Kehrlichtverbrennungsanlagen «übrige Abfälle» im Sinne von Art. 31c USG darstellen oder aber als Siedlungsabfälle im Sinne von Art. 31b USG zu qualifizieren sind, die dem staatlichen Entsorgungsmonopol unterstehen. Die Auslegung von Art. 31b USG ergab, dass Hydroxidschlämme dem kantonalen Entsorgungsmonopol unterstehen, soweit sie aus der Verbrennung von Siedlungsabfällen resultieren. Anlagen zur Rückgewinnung von Metallen aus Hydroxidschlämmen sind deshalb vom Monopolbereich erfasst, wenn darin überwiegend Rückstände aus der Behandlung von Siedlungsabfällen aufbereitet werden.

Im Auftrag des Bundesamts für Gesundheit (BAG) untersuchte das Institut die Frage der Notwendigkeit einer gesetzlichen Grundlage für Triage-Entscheidungen beim Zugang zu intensivmedizinischen Behandlungen im Falle von akuter Ressourcenknappheit. Im Fokus stand dabei auch die Frage, ob für eine Regelung auf Bundesebene eine verfassungsrechtliche Kompetenzgrundlage besteht. Das Gutachten kam zum Schluss, dass der Staat hinsichtlich der Regelung der Triage in der Intensivmedizin zum Handeln verpflichtet ist. Zum einen ergibt sich die Notwendigkeit einer gesetzlichen Triage-Regelung aus dem Legalitätsprinzip. Zum anderen besteht eine erhebliche Gefahr, dass in einer Triage-Situation die Grundrechte der betroffenen Personen verletzt werden. Insbesondere besteht das Risiko, dass ältere, vorerkrankte und behinderte Menschen beim Zugang zu potenziell lebensrettenden intensivmedizinischen Ressourcen systematisch benachteiligt und damit diskriminiert werden. Die Kriterien der Zuteilung von intensivmedizinischen Behandlungen im Falle von akuter Ressourcenknappheit müssen deshalb auf grundrechtskonforme Weise im Gesetz geregelt werden. Für eine Regelung auf Bundesebene sind – je nach konkreter Ausgestaltung – verschiedene Kompetenzgrundlagen denkbar. In Frage kommen primär Art. 117a BV (medizinische Grundversorgung), Art. 118 Abs. 2 lit. b BV (Bekämpfung übertragbarer Krankheiten) und Art. 102 BV (Landesversorgung).

Das Institut erarbeitete zudem Gutachten im Auftrag der Parlamentarischen Verwaltungskontrolle (PVK) und des Kantons Nidwalden. Im ersten Fall erstellte das Institut auf Ende Jahr ein Arbeitspapier zur parlamentarischen Obergrenze über die Preisüberwachung. Das Arbeitspapier ist in ein grösseres Mandat eingebettet,

das die gutachterliche Klärung des Grads der Unabhängigkeit der Preisüberwachung und damit des Umfangs der Aufsicht des zuständigen Departements und der parlamentarischen Obergrenze über die Preisüberwachung zum Gegenstand hat. Der Auftrag des Kantons Nidwalden bezog sich auf die Abklärung von Rechtsfragen im Zusammenhang mit der Revision der kantonalen Gesetzgebung über die Korporationen. Diese Revision ist erforderlich, weil das Bundesgericht 2018 in Bestätigung eines Urteils des kantonalen Verwaltungsgerichts entschied, dass die geltende Regelung des Korporationsbürgerrechts verfassungswidrig ist. Im Zuge der laufenden Revision des kantonalen Korporationsgesetzes stellte sich namentlich die Frage des Verfahrens bei der Gesetzgebung, da die kantonale Verfassung der Gesetzgebung in Korporationsangelegenheiten eine Sonderbestimmung widmet.

3.2 2. Freiburger Föderalismustage

Am 2. und 3. September fanden die 2. Freiburger Föderalismustage statt. Die Veranstaltung wurde vom Institut für Föderalismus (IFF) in Zusammenarbeit mit der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK), der ch Stiftung für eidgenössische Zusammenarbeit und der eidgenössischen Finanzverwaltung (EFV) organisiert. Die Föderalismustage widmeten sich in ihrer zweiten Austragung dem Thema «Kompetenz- und Aufgabenteilung im Bundesstaat – Grundsätze und deren Anwendung im Gesundheits- und Sozialwesen».

Die Schweizerische Föderalismusreform von 2008 stellte nicht nur den bundesstaatlichen Finanzausgleich auf eine neue Grundlage, sondern nahm auch eine Aufgabenentflechtung zwischen Bund und Kantonen vor und verankerte zentrale Prinzipien wie die Subsidiarität und die fiskalische Äquivalenz in der Bundesverfassung. Über 15 Jahre später gibt es erneut Bestrebungen, die von Bund und Kantonen gemeinsam realisierten Aufgaben zu überprüfen und zu entflechten (Projekt «Entflechtung 27»). Im Fokus politischer, wissenschaftlicher und medialer Debatten steht derzeit auch die Anwendung der Grundsätze der Kompetenz- und Aufgabenteilung im Bereich des Gesundheits- und Sozialwesens. Die 2. Freiburger Föderalismustage widmeten sich demnach in interdisziplinärer Weise verschiedenen Themen von hoher Relevanz.

Eröffnet wurden die Föderalismustage mit einem ersten Panel zu den Grundsätzen der Kompetenz- und Aufgabenteilung im Bundesstaat.

Die Referate gewährten aus der Perspektive verschiedener Disziplinen Einblicke in das System der Kompetenz- und Aufgabenteilung sowie deren zugrundeliegenden Prinzipien. In anschliessenden Präsentationen wurden die Handlungsspielräume der Kantone und Gemeinden im Bereich der Umwelt- und Sozialpolitik sowie der Rechtsschutz bei Kompetenzstreitigkeiten vertieft behandelt.

Die Keynote, gehalten von Frau Bundesrätin Karin Keller-Sutter, war ein besonderes Highlight der Föderalismustage. Bundesrätin Karin Keller-Sutter begann ihre Rede nach eigenen Worten mit einer Provokation: «Der grösste Feind des Föderalismus sind die Föderalisten». Sie kritisierte damit jene, die den Föderalismus in Ansprachen loben, «werktags» jedoch immer mehr Aufgaben an den Bund übertragen. Ebenso richtete sich ihre Kritik an Kantone, die sich über schwindende Autonomie beklagen, gleichzeitig jedoch bereitwillig Kompetenzen abgeben, wenn der Bund die Kosten übernimmt. In ihrer ausdrucksstarken und informativen Rede thematisierte sie die Herausforderungen des Föderalismus und betonte die Wichtigkeit einer klaren Aufgabenverteilung für bürgernahe und effiziente Lösungen. Sie schloss mit einem Appell, die Prinzipien des Föderalismus als Handlungsmaximen im politischen Alltag zu nutzen. Nach ihrem Referat stellte sich Frau Bundesrätin Karin Keller-Sutter den Fragen des Publikums.

Die von Frau Bundesrätin Karin Keller-Sutter aufgeworfenen Themen wurden in einer den ersten Tag abschliessenden Podiumsdiskussion vertieft behandelt. Mit Martin Bühler (Regierungsrat des Kantons Graubünden), Jacques Dubey (Professor für Verfassungsrecht an der Universität Freiburg), Michael Hermann (Geschäftsführer von Sotomo), Florence Nater (Staatsrätin des Kantons Neuchâtel und Präsidentin der ch Stiftung) sowie Marie-France Roth Pasquier (Nationalrätin des Kantons Freiburg) wurde unter der Moderation von Prof. Eva Maria Belser (IFF) angeregt über den Föderalismus und dessen aktuelle Herausforderungen diskutiert.

Am zweiten Tag stand die bundesstaatliche Aufgabenteilung im Gesundheits- und Sozialwesen im Mittelpunkt des Interesses. In drei verschiedenen Panels diskutierten Expertinnen und Experten über die Spitalsplanung (moderiert von Prof. Bernhard Waldmann [IFF]), die Digitalisierung des Gesundheitswesens (moderiert von Prof. Andreas Stöckli [IFF]) und die soziale Sicherheit (moderiert von Prof. Basile Cardinaux [Universität Freiburg]). Für die Panels konnten namhafte Expertinnen und Experten aus Wissenschaft

und Praxis gewonnen werden. Zum Abschluss der Veranstaltung wurde die geplante Aufgabenreform «Entflechtung 27» thematisiert. Nach einem Einführungsreferat von Thomas Minger (stellvertretender Generalsekretär der KdK) diskutierten Gäste aller föderalistischen Ebenen unter der Moderation von Luis A. Maiorini (IFF) über die geplante Reform und die Herausforderungen



2. Freiburger Föderalismustage

der Aufgabenteilung im Bundesstaat. An der Diskussion nahmen Erich Fehr (Stadtpräsident Biel), Johanna Gapany (Ständerätin des Kantons Freiburg), Thomas Minger (stellvertretender Generalsekretär der KdK) und Jean-Pierre Siggen (Regierungsrat des Kantons Freiburg) teil.

Das Fazit zur zweiten Austragung der Freiburger Föderalismustage fällt äusserst positiv aus. Wie bereits nach der ersten Austragung kann auf reichhaltige Beiträge, anregende Diskussionen und neue Erkenntnisse zurückgeblickt werden. Die Föderalismustage boten auch eine hervorragende Vernetzungsplattform für die Föderalismus-Wissenschaft und -Praxis sowie für Föderalismus-Interessierte. Im Jahr 2025 ist zudem die Publikation eines Tagungsbands (in der Schriftenreihe des Instituts für Föderalismus PIFF) geplant. In Zukunft sollen die Föderalismustage alle zwei Jahre durchgeführt werden. Die nächste Austragung findet im Herbst 2026 statt, weitere Informationen werden folgen.

3.3 Abschlusskonferenz des SNIS-Projekts «Power-sharing for Peace? Between Adoptability and Durability in Lebanon, Syria, and Iraq»

Zwischen 2022 und 2024 beteiligte sich das Internationale Forschungs- und Beratungszentrum des Instituts für Föderalismus (IRCC) an dem Projekt «Power-sharing for Peace», welches vom Swiss Network for International Studies (SNIS) finanziert wurde.

In dem Projekt, das von unseren Kolleginnen und Kollegen von Swisspeace geleitet wurde und Partner aus Kanada, Libanon und dem Irak zusammenbrachte, beschäftigte sich mit der Frage der Machtteilung (Power-sharing) mit einem besonderen Fokus auf die Länder Libanon, Irak und Syrien.

Die Teilung der Macht ist zu einem der wichtigsten Instrumente internationaler Akteure geworden, um gewaltsame Konflikte zu beenden und die Demokratie in tief gespaltenen Gesellschaften zu gewährleisten. Machtteilung wird im Projekt einerseits als Zusammenarbeit der Eliten innerhalb der Regierung und andererseits als territoriale Dezentralisierung verstanden. In der Regel sind intensive Verhandlungen und Kompromisse erforderlich, bevor Vereinbarungen zwischen den Konfliktparteien und den relevanten Interessengruppen getroffen werden können. Es überrascht nicht, dass

die Annahme solcher Vereinbarungen eine Herausforderung darstellt, wie der Friedensprozess in Syrien in jüngster Zeit gezeigt hat. Darüber hinaus ist eine Teilung der Macht, selbst wenn sie einmal akzeptiert wurde, nicht immer von Dauer und oft mit Schwierigkeiten behaftet. So konnten zwar einige Länder, wie z. B. der Libanon, befriedet werden, doch war es nicht möglich, die politischen Rahmenbedingungen so umzugestalten, dass die Zusammenarbeit zwischen den Eliten funktioniert hätte. Der Irak ist ein Beispiel für die Gefahr einer nur sehr unvollständigen Umsetzung der vereinbarten Machtteilung.

Im Vergleich zwischen drei Ländern des Nahen Ostens - Syrien, Irak und Libanon - untersuchte das Projekt die Akzeptanz und Dauerhaftigkeit von Abkommen, die Macht unter verschiedenen Akteuren aufteilen, und konzentrierte sich dabei auf zwei Hauptforschungsfragen:

Unter welchen Bedingungen kommen Vereinbarungen über die Teilung der Macht zustande?

Welche Probleme bei der Umsetzung von Vereinbarungen können eine funktionierende Regierungsführung und damit einen dauerhaften Frieden behindern?

Als Teil der Summer University 2024 fand am 23. August 2024 die Abschlusskonferenz des Projekts an der Universität Freiburg statt. Dabei stellte das internationale Forschungsteam in einem ersten Panel zunächst die wichtigsten Erkenntnisse nach zwei Jahren Forschung vor. So konnte gezeigt werden, dass Machtteilung nur dann zustande kommt, wenn lokale Eliten, internationale Akteure und verschiedene Stellvertreter der internationalen Akteure einer solchen Übereinkunft zustimmen. Während es sowohl für Libanon als auch für Irak eine solche Vereinbarung der verschiedenen Akteure gab, wiesen die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler nach, dass eine solche in Syrien bisher nicht möglich war, da sowohl lokale Eliten als auch internationale Akteure entgegengesetzte Prioritäten verfolgten. In einem zweiten Schritt untersuchten und erläuterten die Projektteilnehmenden anhand der drei untersuchten Staaten, warum die Umsetzung von Power-sharing so anspruchsvoll ist und warum es immer wieder zu Stagnation und Regierungskrisen kommt. Daraus entwickelten sie eine erste Klassifizierung von Vereinbarungen, die Machtteilung vorsehen, vor allem im Hinblick auf jene Aspekte, die zwar vereinbart wurden, später

jedoch nicht, nicht vollständig oder nicht im Sinne der Vereinbarung umgesetzt wurden. Im dritten und letzten Schritt konnte das Forschungsteam zeigen, wie gespalten auch zivilgesellschaftliche Akteure sind, wenn es um Machtteilung geht, und wie gering im Allgemeinen die Kenntnisse in den betroffenen Ländern über die vereinbarte Teilung der Macht und deren Umsetzung sind. In allen drei Ländern wird Machtteilung mit Stagnation, Sezession und Eliteninteressen gleichgesetzt und daher negativ bewertet. Syrische Vertreterinnen und Vertreter der Zivilgesellschaft waren sich zum Beispiel darin einig, dass sie keine libanesischen oder irakischen Verhältnisse haben wollten.

In einem zweiten Panel diskutierten verschiedene Vertreterinnen und Vertreter aus der Region die Erkenntnisse des Projekts mit Mediationsexperten. Dabei stellte sich vor allem die Frage, wie man zu mehr Friedensabkommen kommen und welche Rolle Machtteilung dabei spielen könnte. Weiter wurde die Frage diskutiert, wie die Systeme im Irak und im Libanon reformiert und angepasst werden könnten, um ihren Beitrag zu guter Regierungsführung, Demokratisierung und einer Verbesserung der Lebenssituation der Menschen zu leisten. Es gab im Panel Einigkeit darüber, dass Machtteilung einen Beitrag zu Frieden leisten kann, dass aber mehr Anstrengungen nötig sind, um die Gefahr von Elitekartellen zu vermeiden.

Erste Erkenntnisse des Projekts können im folgenden Swisspeace-Bericht eingesehen werden:

Allison McCulloch, et.al: Power-Sharing for Peace? Between Adoptability and Durability in Lebanon, Syria, and Iraq, Swisspeace Working Paper 3/2024, siehe: <https://www.swisspeace.ch/assets/publications/Working-Papers/2024/Allison-McCullochWorkingPaper-3-2024.pdf>



SNIS Konferenz

4. ORGANISATION

4.1 Interne Entwicklungen

Anfang des Jahres wurde Herr Roland Mayer, Vertreter der ch Stiftung im Institutsrat, von der Stiftungsleitung für weitere vier Jahre gewählt und Herr Peter Mischler, kooptiertes Mitglied, wurde in der Institutsratssitzung im März für die gleiche Dauer wiedergewählt.

Am 8. Mai fand per Videokonferenz eine ausserordentliche Sitzung des Institutsrats statt. Grund dafür war die Motion 19.3008 «Kompetenzzentrum für Föderalismus. Beteiligung an der Grundfinanzierung», zu der ein Gesetz bis Mitte Juli bei den Kantonen in Vernehmlassung steht. Das strategische Organ des Instituts und die ch Stiftung haben die Kantone in diesem Prozess unterstützt, indem sie Musterbriefe für eine Antwort an den Bundesrat bereitgestellt haben.

Die beiden ordentlichen Sitzungen des Institutsrats fanden wie üblich im März in den Räumlichkeiten des Instituts und im November per Videokonferenz statt.

Aufgrund einer Änderung des Pflichtenheftes, welche den Dienst im internationalen Bereich auf die Zeit der Summer University

beschränkt, waren 2024 nur zwei Zivildienstleistende für insgesamt vier Monate am Institut tätig. Der für das Dokumentationszentrum der Kantone engagierte Zivildienstleistende konnte die Inventarisierung fertigstellen. Dies ermöglicht eine Aufwertung der alten Dokumente des Bestandes, von denen einige aus dem Jahr 1715 stammen.

Das 40-jährige Bestehen des Instituts wurde mit einem Besuch am Institut für Föderalismus der Universität Innsbruck von 28.–30. Juni gefeiert. Die Mitarbeitenden der drei Lehrstühle haben sich mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Partnerinstituts zum wissenschaftlichen Austausch getroffen und es gab einen interessanten Besuch im Landhaus, dem Sitz der Tiroler Landesregierung. Eine spannende Stadtführung bei strahlendem Sonnenschein hat das Programm abgerundet.

Aufgrund des Endes der Finanzierung durch das EDA bzw. der noch nicht abgeschlossenen Bearbeitung der obenerwähnten Motion wurden die zusätzlich vorgesehenen Räumlichkeiten im Gebäude für die Universität zur Verfügung gestellt. Ebenso wurde in den Zentralen Diensten eine leichte Pensenreduktion umgesetzt.



Ausflug anlässlich des 40-jährigen Jubiläums nach Innsbruck



Der Kaufmännische Lehrling hat vor dem Sommer seine Lehre erfolgreich abgeschlossen und sein Eidgenössisches Fähigkeitszeugnis (EFZ) erhalten. Anfang Herbst konnten wir eine neue Lernende, ebenfalls aus dem 3. Ausbildungsjahr, am Institut begrüßen. Die Lernenden bieten dem Institut für verschiedene Aufgaben, besonders im Bereich der Buchhaltung, eine willkommene Unterstützung.



4.2 Institutsrat

Der Institutsrat des Instituts für Föderalismus besteht per Ende 2024 aus folgenden Mitgliedern:

Präsidentin

Florence NATER, Staatsrätin und Vorsteherin des Departements für Arbeit und Soziales des Kantons Neuenburg, Vertreterin der ch Stiftung für eidgenössische Zusammenarbeit (Mitglied seit 7.2022)

Vizepräsidentin

Sylvie BONVIN-SANSONNENS, Staatsrätin und Vorsteherin der Direktion für Bildung und kulturelle Angelegenheiten des Kantons Freiburg (BKAD) (Mitglied seit 11.2022)

Vertreter der ch Stiftung

Roland MAYER, Geschäftsführer der ch Stiftung für eidgenössische Zusammenarbeit (Mitglied seit 1.2019)

Markus DIETH, Regierungsrat, Präsident der KdK, Vorsteher des Departements für Finanzen und Ressourcen des Kantons Aargau (Mitglied seit 01.2023)

Vertreter_innen der Universität Freiburg

Martin BEYELER, Professor für Infrastrukturrecht und neue Technologien (Mitglied seit 2020)

Clémence GRISEL RAPIN, Professorin für Verwaltungsrecht (Mitglied seit 2020)

Hubert STÖCKLI, Professor für Privatrecht (Mitglied seit 04.2024)

Flaminia DAHINDEN, Diplomassistentin, Institut für Europarecht, Vertreterin des Mittelbaus der Universität Freiburg (Mitglied seit 03.2023)

Simon WERTHMÜLLER, Vertreter der Studierenden, Rechtswissenschaftliche Fakultät (Mitglied seit 10.2024)

Übrige Mitglieder

Christoph AUER, Staatsschreiber des Kantons Bern (Mitglied seit 12.2017)

Horst SCHÄDLER, Regierungssekretär, Vertreter des Fürstentums Liechtenstein (Mitglied seit 11.2022)

Peter MISCHLER, Generalsekretär der Konferenz der kantonalen Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren (Mitglied seit 12.2015)

Christian RATHGEB, Rechtsanwalt, Rathgeb Advokatur (Mitglied seit 1.2021)

4.3 Mitarbeitende

Direktion



Eva Maria BELSER, Prof. Dr. iur.
Co-Direktorin
Professorin für Staats- und Verwaltungsrecht
evamaria.belser@unifr.ch



Bernhard WALDMANN, Prof. Dr. iur.
Co-Direktor
Professor für Staats- und Verwaltungsrecht
bernhard.waldmann@unifr.ch



Andreas STÖCKLI, Prof. Dr. iur.
Direktionsmitglied
Professor für Staats- und Verwaltungsrecht
andreas.stoeckli@unifr.ch



Yvonne HEITER-STEINER
Verwaltungssachbearbeiterin (40%)
yvonne.heiter-steiner@unifr.ch



Sébastien LUO
Verwaltungssachbearbeiter (30%)
sebastien.luo@unifr.ch



Tamara PHILIPONA
Verwaltungssachbearbeiterin (10%)
tamara.philipona@unifr.ch



Lydia STURNY
Verwaltungssachbearbeiterin (20%)
lydia.sturny@unifr.ch

Nationaler Bereich

Bernhard WALDMANN, Prof. Dr. iur.

Andreas STÖCKLI, Prof. Dr. iur.



Marlène COLLETTE, Dr. iur., RA
Akademische Leiterin (80%)
marlene.collette@unifr.ch



Patrick BOSSY, MLaw, RA
Wissenschaftlicher Mitarbeiter
patrick.bossy@unifr.ch



Michael HEDIGER
Wissenschaftlicher Mitarbeiter (90%)
michael.hediger@unifr.ch



Elisabeth JOLLER, Dr. iur., RA
Akademische Leiterin (80%)
elisabeth.joller@unifr.ch



Luis A. MAIORINI, MLaw
Doktorand SNF
luis.maiorini@unifr.ch

Jan BÜRGY, BLaw
Unterassistent
jan.buergy@unifr.ch

Internationaler Bereich

Eva Maria BELSER, Prof. Dr. iur.



Sören KEIL, PhD, MA, PG CHE
Wissenschaftlicher Mitarbeiter (20%)
soeren.keil@unifr.ch



Rekha OLESCHAK-PILLAI, Dr. iur.
Wissenschaftliche Mitarbeiterin (60%)
rekha.oleschak@unifr.ch



Véréna RICHARDIER, Dr.
Wissenschaftliche Mitarbeiterin (80%)
verena.richardier@unifr.ch



Edina SZÖCSIK, Dr.
Wissenschaftliche Mitarbeiterin (70%)
edina.szoecsik@unifr.ch

Zentrale Dienste



Jean-Pierre BLICKLE
Geschäftsführer (50%)
jean-pierre.blickle@unifr.ch



Michael EGGER
Verwaltungssachbearbeiter (50%)
michael.egger@unifr.ch



Martina TÖDTLING, MA
Verwaltungsmitarbeiterin (40%)
martina.toedting@unifr.ch



Lya BORGES MONTEIRO
Lernende (ab 1.8.2024)
lya.borgesmonteiro@unifr.ch

Bibliothek

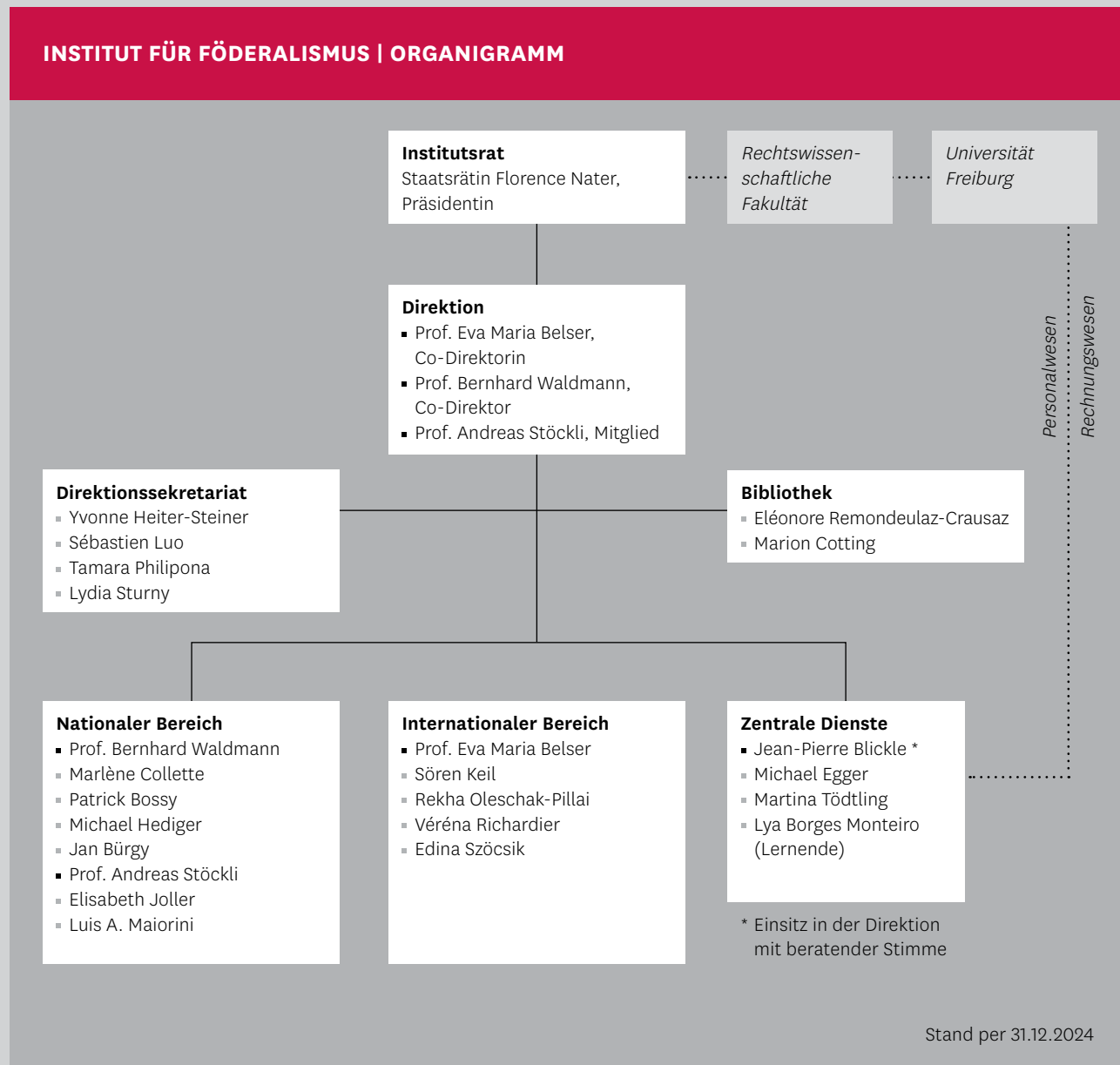


Eléonore REMONDEULAZ-CRAUSAZ
Bibliothekarin (35%)
eleonore.remondeulaz-crausaz@unifr.ch



Marion COTTING
Bibliothekarin (20%)
marion.cotting@unifr.ch

4.4 Organigramm



5. DIE TÄTIGKEITSBEREICHE IM EINZELNEN

5.1 Forschung und Publikationen

EVA MARIA BELSER

- Constitutional Reform – Jurisdiction Report – Switzerland, in: Luís Roberto Barroso and Richard Albert (Hrsg.), The 2023 International Review of Constitutional Reform, Texas 2024, 351–356, verfügbar auf https://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=4971295 (mit Simon Mazidi).
- Constitutionalising Animal Welfare in Switzerland – Two Initiatives, Two Dynamics, Two Outcomes?, Voices from the Field, International IDEA, 5 July 2024, verfügbar auf <https://constitutionnet.org/news/voices/constitutionalising-animal-welfare-switzerland-two-initiatives> (mit Simon Mazidi).
- The Fiscal Equivalence Trap – Don't Decide, Don't Pay, How a Principle of Fiscal Federalism Motivates State Inaction, in: Cuadernos Manuel Giménez Abad, Special Issue 9, 185–203 (mit Géraldine Cattilaz).
- Le contrat social du Rojava aus prisme des systèmes fédéraux: Une expérience révolutionnaire aux contours flous, in: Couveinhes Matsumoto/Clarenc Bicudo (Hrsg.), Le Rojava démocratique et le droit, Paris 2024, Chapter 11, 347–372 (mit Lara Torbay).
- Why the World Did Not Come Together, The Failures of the “Committee to Frame A World Constitution”, in: Peter Bußjäger/Mathias Eller/Julia Oberdanner (Hrsg.), The Making and Ending of Federalism, Studies in Territorial and Cultural Diversity Governance, Leiden/Boston 2024, Chapter 1, 9–42 (mit Salome Hunkeler).
- Engagement of Swiss Courts with International Law, Looking at the Swiss Federal Supreme Court and its Ways of Dealing with Conflicts between Domestic Law and International Human Rights Guarantees, in: André Nollkaemper/Yuval Shany/Antonios Tzanakopoulos/Eleni Methymaki (Hrsg.), The Engagement of Domestic Courts with International Law: Comparative Perspectives, Oxford 2024, 271–290 (mit Rekha Oleschak-Pillai).
- Das Greening der Menschenrechte, Gespräch mit Tobias Herbst, Die Zeitschrift für Gewässerschutz, aqua viva 3 / 2024, 34–37.
- Democracy: Promises, Premises and Prospects, in: Nico Steytler (Hrsg.), Montfleur Conversations on Constitutionalism, Cape Town 2024, Chapter 1.
- Human Rights: in: Nico Steytler (Hrsg.), Montfleur Conversations on Constitutionalism, Cape Town 2024, Comment to Chapter 5 by Octávio Ferraz.
- Federalism and Democracy, in: Nico Steytler (Hrsg.), Montfleur Conversations on Constitutionalism, Cape Town 2024, Comment to Chapter 7 by Patricia Popelier.

- Fireside Story, in: Nico Steytler (Hrsg.), Montfleur Conversations on Constitutionalism, Cape Town 2024, Chapter 10.
- Greta Klotz, Interkommunale Kooperation im Alpenraum, Die lokalen Dienstleistungen in Graubünden, Südtirol und Tirol; Dissertation (Supervision Eva Maria Belser und Silvia Bolgherini).
- Petru Emanuel Zlătescu, Die evolutive Auslegung der EMRK: Living instrument im Zeitalter der Subsidiarität (Supervision Eva Maria Belser).

PATRICK BOSSY

- (Kein) «Terroir» im Vollzugsföderalismus? Eine Anmerkung im Nachgang zum Urteil des BVGer B-4173/2022 vom 11. Januar 2024, in: Newsletter IFF 4/2024
- «Lobbyierende Kantone»: Buchrezension zur Dissertation von Rahel Freiburghaus, in: Newsletter IFF 4/2024
- Föderalismusrelevante Gerichtsurteile des Jahres 2023 (zusammen mit Marlène Collette)
- Literatur zum Schweizerischen Föderalismus im Jahre 2023 (zusammen mit Marlène Collette und Gabriel Chocomeli)

MARLÈNE COLLETTE

- Kommentar zum Urteil des BGer 2C_694/2022 vom 21. Dezember 2023, Newsletter IFF 2/2024.
- Digitale Transformation und Föderalismus: Eine kurze Bestandsaufnahme und Denkanstösse, Newsletter IFF 4/2024.

JOHANNA JEAN-PETIT-MATILE

- Gerichtliche Kontrolle von Notrecht, Effektiver Rechtsschutz bei der Krisenbewältigung, in: Jusletter vom 27. Mai 2024.

ELISABETH JOLLER

- Das Verbot der Geschlechtsdiskriminierung als Verbot der sexistischen Diskriminierung, Eine Studie über Art. 8 Abs. 2 und 3 der schweizerischen Bundesverfassung, Diss. Fribourg 2024, Bern 2024.

SÖREN KEIL

- Power-sharing in the Global South – Patterns, Practices and Potentials, Palgrave MacMillian, Herausgeber Eduardo Aboultaif, Sören Keil und Allison McCulloch.
- Introduction: Power-sharing in the Global South, in: Power-sharing in the Global South – Patterns, Practices and Potentials, Palgrave MacMillian, Herausgeber Eduardo Aboultaif, Sören Keil und Allison McCulloch S. 1–16 (mit Eduardo Aboultaif).

- Getting to a Power-Sharing Agreement: Insights for International Mediators on Adoptability from Lebanon, Syria, and Iraq, 50 Shades of Federalism, October 2024, available at: <https://50shadesoffederalism.com/federalism-conflict/getting-to-a-power-sharing-agreement-insights-for-international-mediators-on-adoptability-from-lebanon-syria-and-iraq/> (mit Allison McCulloch; Eduardo Aboultaif; Clara Pergola; Sahar Ammar).
- Power-Sharing for Peace? Between Adoptability and Durability in Lebanon, Syria, and Iraq, Swisspeace Working Paper 3/2024, available at: <https://www.swisspeace.ch/assets/publications/Working-Papers/2024/Allison-McCulloch-WorkingPaper-3-2024.pdf> (mit Allison McCulloch, Sibel Gürlér, Sahar Ammar, Eduardo Wassim Aboultaif, Clara Pergola, Jibril Kallas und Manar Zaiter).
- Federalism and Power-Sharing as Modes of Diversity Management in Europe, in: Cooperative Federalism in South Asia and Europe, Routledge India, S. 171–187.

LUIS A. MAIORINI

- Stärkung des Parlaments in Krisenzeiten, Würdigung der ParlG-Revision nach der Covid-19-Krise, in: Jusletter vom 10. Juni 2024.
- Intergouvernementale Beziehungen in föderalen Systemen, Die Rolle von Regierungskonferenzen im schweizerischen Föderalismus (herausgegeben zusammen mit Andreas Stöckli), Bern 2024.
- Einleitung, in: Stöckli/Maiorini (Hrsg.), Intergouvernementale Beziehungen in föderalen Systemen, Die Rolle von Regierungskonferenzen im schweizerischen Föderalismus, Bern 2024, S. 1–5 (zusammen mit Andreas Stöckli).
- Schlussbetrachtung, in: Stöckli/Maiorini (Hrsg.), Intergouvernementale Beziehungen in föderalen Systemen, Die Rolle von Regierungskonferenzen im schweizerischen Föderalismus, Bern 2024, S. 155–162 (zusammen mit Andreas Stöckli).

REKHA OLESCHAK-PILLAI

- Engagement of Swiss Courts with International Law, Looking at the Swiss Federal Supreme Court and its Ways of Dealing with Conflicts between Domestic Law and International Human Rights Guarantees, in: André Nollkaemper/Yuval Shany/Antonios Tzanakopoulos/Eleni Methymaki (Hrsg.), The Engagement of Domestic Courts with International Law: Comparative Perspectives, Oxford 2024, S. 271–290 (mit Eva Maria Belser).
- Engagement of Swiss Courts with International Law, Blog NUS Law, 2024: <https://blog.nus.edu.sg/lawresearch/2024/10/07/engagement-of-swiss-courts-with-international-law/>

- Überlebenskampf einer Demokratie, universitas magazine 02/2024.

- “The Southern Challenge”: Contestatory Federalism in India, 50 Shades of Federalism, <http://50shadesoffederalism.com/case-studies/1640>.

STEFANIE RUSCH

- Kantonale Notrechtssysteme, Eine vergleichende Übersicht des intrakonstitutionellen Notrechts in den Kantonen, in: Jusletter vom 3. Juni 2024 (zusammen mit Bernhard Waldmann).

ANDREAS STÖCKLI

- Verwaltung und politische Gestaltung – aus schweizerischer Perspektive, Deutsches Verwaltungsblatt (DVBl), 17/2024, S. 1060–1064.
- Sonderregime für Anlagen zur Stromproduktion aus erneuerbaren Energien: Eine Zwischenwürdigung der dynamischen Rechtsentwicklung, URP 4/2024, S. 335–337.
- Die SRG in den sozialen Medien, Besprechung von BGE 149 I 2, ZSR 2024 I, S. 167–180.
- Die Glaubens- und Gewissensfreiheit im Lauf der Zeit – Über Entwicklungen und Tendenzen, in: René Pahud de Mortanges/Lorenz Engi (Hrsg.), Von Freiheitsgewährung und Exklusion, Der Schutz der Religionsfreiheit seit der Bundesverfassung von 1848, Zürich/Genf 2024, S. 1–35.
- Kommentierung der Art. 33–35, 40, 54, 55, 67 DSG (zusammen mit Christoph Grüninger) und Art. 1 BGÖ (zusammen mit Gabor Blechta und Christoph Grüninger), in: Gabor Blechta/David Vassella (Hrsg.), Basler Kommentar zum Datenschutzgesetz und Öffentlichkeitsgesetz, Basel 2024, S. 681–701, 744–748, 905–910, 1045–1046, 1091–1099.
- Andreas Stöckli/Luis A. Maiorini (Hrsg.), Intergouvernementale Beziehungen in föderalen Systemen, Die Rolle von Regierungskonferenzen im schweizerischen Föderalismus, Bern 2024, 165 Seiten.
- Einleitung und Schlussbetrachtung, in: Andreas Stöckli/Luis A. Maiorini (Hrsg.), Intergouvernementale Beziehungen in föderalen Systemen, Die Rolle von Regierungskonferenzen im schweizerischen Föderalismus, Bern 2024, S. 1–5, 155–162 (zusammen mit Luis A. Maiorini).
- Die aktuelle Praxis im Staats- und Verwaltungsrecht, Plädoyer 2/2024, S. 46–52 (zusammen mit Sabine Cotting).

- Rechtsprechung des Bundesgerichts, des Bundesverwaltungsgerichts und der kantonalen Gerichte zum Verwaltungsorganisationsrecht, zum Staatshaftungsrecht und zum öffentlichen Dienstrecht von Mitte 2022 bis Mitte 2023, in: Jahrbuch 2022/2023 der Schweizerischen Vereinigung für Verwaltungsorganisationsrecht, Bern 2024, S. 1–88 (zusammen mit Gian Manuel-Weber).
- Ausgewählte Entwicklungen im Regierungs- und Verwaltungsorganisationsrecht der Kantone von Mitte 2022 bis Mitte 2023, in: Jahrbuch 2022/2023 der Schweizerischen Vereinigung für Verwaltungsorganisationsrecht, Bern 2024, S. 143–177 (zusammen mit Christina Schuhmacher und Max Ammann).
- Rechtsprechung zur Baubewilligung, in: Baurecht 5/2024, S. 229–233.
- Rechtsprechung zur Baubewilligung, in: Baurecht 2/2024, S. 63–66.

EDINA SZÖCSIK

- The Framing Territorial Demands (FraTerr) dataset: A novel approach to conceptualizing and measuring regionalist actors' territorial strategies" (Anwen Elias, Linda Basile, Núria Franco-Guilén und **Edina Szöcsik**): available at: <https://www.tandfonline.com/journals/frfs20/collections/best-paper-prize-regional-federal-studies> (**ausgezeichnet mit dem Best Article Prize of the Journal of Regional and Federal Studies**)

BERNHARD WALDMANN

- Intergouvernementale Beziehungen im schweizerischen Bundesstaat, Eine Skizzierung aus rechtlicher Perspektive, in: Stöckli/Maiorini (Hrsg.), Intergouvernementale Beziehungen in föderalen Systemen, Die Rolle von Regierungskonferenzen im schweizerischen Föderalismus, Bern 2024, S. 29–53.
- Kantonale Notrechtssysteme, Eine vergleichende Übersicht des intrakonstitutionellen Notrechts in den Kantonen, in: Jusletter vom 3. Juni 2024 (zusammen mit Stefanie Rusch).
- Von (dicken) Mänteln in der Gesetzgebung, in: BR/DC 2024, S. 154.
- Rechtsprechung zum Raumplanungsrecht, in: BR/DC 2024, S. 55–62, 222–229 (zusammen mit Tamara Wanner).
- Rezension: Georg Müller/Felix Uhlmann/Stefan Höfler: Elemente einer Rechtssetzungslehre, 4. Aufl., Zürich/Genf 2024, in: LeGes 35 (2024) 2.
- Rezension: Florian Bergamin: Die Stadt im Bundesstaat, Eine rechtswissenschaftliche Einordnung der Städte und Gemeinden in der Schweiz, Diss. Freiburg, Bern 2024, in: IFF Newsletter 3/2024.

5.2 Expertisen

Gültigkeit der kantonalen Volksinitiative «Isleten für alle», Rechtsgutachten zuhanden der Justizdirektion des Kantons Uri (**Bernhard Waldmann** zusammen mit **Patrick Bossy Delgado**)

Vernehmlassungsantwort zum Entwurf der Teilrevision des Epidemiegesetzes (EpG) » (**Eva Maria Belser** und **Bernhard Waldmann**)

Kolloquium und Diskussionspapier zur Vorlage «Stärkung der Krisensicherheit des politischen Systems» des Kantons Glarus, 16. April 2024 (**Bernhard Waldmann**, **Johanna Jean-Petit-Matile** und **Stefanie Rusch**)

Mitglied der Eidgenössischen Elektrizitätskommission (ElCom) und Vorsitzender des Ausschusses Recht der Kommission (**Andreas Stöckli**)

Rechtsgutachten betreffend «Abfallrechtliche Qualifizierung von Hydroxidschlamm» zuhanden der SwissZinc AG, Juni 2024, 40 Seiten (**Elisabeth Joller** und **Andreas Stöckli**)

Rechtsgutachten betreffend «Postulat 23.3496 Graf Maya: Rechtsgrundlage und Diskriminierungsschutz bei Triage-Entscheidungen beim Zugang zu intensivmedizinischen Behandlungen» zuhanden des Bundesamts für Gesundheit BAG, Dezember 2024, 80 Seiten (**Elisabeth Joller** und **Andreas Stöckli**)

Rechtsgutachten betreffend «Entwurf eines Gesetzes über die Organisation und Aufsicht der Korporationen (Korporationsaufsichtsgesetz, KAG) des Kantons Nidwalden: Prüfung der Verfassungskonformität» zuhanden des Kantons Nidwalden, Dezember 2024, 87 Seiten (**Elisabeth Joller**, **Andreas Stöckli** und **Luis A. Maiorini**)

Arbeitspapier zur parlamentarischen Oberaufsicht über die Preisüberwachung zuhanden der Parlamentarischen Verwaltungskontrolle (PVK), Dezember 2024 (**Elisabeth Joller**)

Comparative Land Governance in Federal Countries: (**Rekha Oleschak-Pillai**, **Delilah von Streng**, **Arianna Guidolin** und **Daan Smeekens**) (funded by SDC)

5.3 Study Tours

27.–31.05. Kosovo	Study Trip mit einer Delegation syrischer Oppositioneller und Journalisten nach Kosovo zum Thema «Decentralisation and Minority Rights» (Sören Keil)
12.–17.06. Freiburg	«Contrôler les finances publiques en Suisse» – 5 Inspektoren der Generalinspektion der Finanzen der Demokratischen Republik Kongo (Véréna Richardier)
02.–06.09. Freiburg	Study Mission einer Delegation der National Dialogue Commission, Ethiopia, bestehend aus 5 Commissioners und einer Deuty Resident Representative des UNDP Ethiopia Country Office, zum Thema Management of Diversity in Switzerland (Rekha Oleschak)
04.09. Freiburg	«Judicial Review in Switzerland» – presentation to the Ethiopian National Dialogue Commission (Rekha Oleschak)
05.09. Bern	«Introduction to Swiss Federalism», Consular Directorate (CD) event with the Consular Corps, Federal Department of Foreign Affairs (Rekha Oleschak)
14.–18.10. Freiburg	«Les enjeux de la décentralisation» – 7 Teilnehmer der Generalversammlung von Zentralkongo und des Generalsekretariats für Dezentralisierung (Véréna Richardier)
05.–09.11. Freiburg	Study Mission einer philippinischen Delegation, bestehend aus rund 40 Vize-Gouverneuren der philippinischen Provinzen, zum Thema Föderalismus in der Schweiz für The Development Academy of the Philippines (Nicolas Schmitt)
13.11. Freiburg	Scoping Mission einer Delegation des Cyprus Dialogue Forum on Federalism, bestehend aus 4 Personen (Rekha Oleschak)
13.11. Freiburg	«Federalism and Conflict Resolution» presentation to a delegation from the Secretariat of the Cyprus Dialogue Forum (Rekha Oleschak)

5.4 Weiterbildungen

Centre International de Formation Europeene – Beiträge zum Masterprogramm im Modul «Föderalismus» und im Modul «Konfliktlösung» Nizza, Tunis und Berlin, Januar–März 2024 (**Sören Keil**)

Academic Legal Writing: Basics and Innovations, Workshop at the Department of Law Central University of Kerala, 17.–19. Januar (**Rekha Oleschak**)

Intergovernmental Fiscal Federalism Technical Committee, Training zum Thema Fiskalföderalismus in Somalia 24.–28. Februar in Nairobi, Kenia (**Sören Keil** und Mark Schelker)

Workshop, «Epidemiengesetz 2.0: Anpassungen für eine Post-Covid-Ära», Freiburg, 26. Januar 2024 (**Johanna Jean-Petit-Matile, Eva Maria Belser, Andreas Stöckli, Bernhard Waldmann, Luis A. Maiorini** und **Stefanie Rusch**)

Inhouse-Seminar «La Loi sur les Épidémies (1800–1921): Histoire d'une centralisation sanitaire» mit Séveric Yersin, Freiburg 22. Februar 2024 (**Johanna Jean-Petit-Matile, Eva Maria Belser, Andreas Stöckli, Bernhard Waldmann, Luis A. Maiorini** und **Stefanie Rusch**)

Spring University Myanmar, März bis Juli 2024, online (**Team IRCC, Rekha Oleschak**)

Zentralschweizer Praktikantenkurse, Seminar Verwaltungsverfahren, 7.–8. März 2024, Cham (**Bernhard Waldmann**)

Murtner Gesetzgebungsseminar, Grundlagenseminar I: Rechtsetzungsmethodik, in Zusammenarbeit mit dem Zentrum für Rechtssetzungslehre der Universität Zürich, 13.–15. März 2024, Murten (**Bernhard Waldmann**)

16. Wissenschaftliche Tagung der Schweizerischen Vereinigung für Verwaltungsorganisationsrecht zum Thema «Aktuelle Fragen im öffentlichen Personalrecht: Fachkräftemangel – Flexibilisierung der Arbeitsbedingungen – Digitalisierung – Datenschutz», 22. März 2024, Casino Bern (**Andreas Stöckli**, zusammen mit Ursula Marti und Natascia Nussberger).

Spring University Myanmar, verschiedene Beiträge, online, April–Juni 2024 (**Sören Keil, Daan Smeekens, Véréna Richardier, Rekha Oleschak** und **Edina Szöcsik**)

Staatsrechtsseminar für (neu gewählte) Mitglieder der Kantonsregierungen, 24. Juni 2024 (**Bernhard Waldmann**, zusammen mit **Eva Maria Belser** und **Andreas Stöckli**)

Zwei Vorträge zu Föderalismustheorie und Föderalismus in Myanmar, Federalism Leadership Programme (FLP), organisiert von der Hanns-Seidel-Stiftung, online, 12.–13. Juli 2024 (**Sören Keil**)

Intergovernmental Fiscal Federalism Technical Committee, Working Paper Diskussionen zum Thema Fiscal Federalism in Somalia, 3.–9. August 2024 in Kengali, Ruanda (**Sören Keil**)

2. Freiburger Föderalismustage zum Thema «Kompetenz- und Aufgabenteilung im Bundesstaat – Grundsätze und deren Anwendung im Gesundheits- und Sozialwesen», 2. und 3. September 2024, Universität Freiburg (**Andreas Stöckli, Eva Maria Belser** und **Bernhard Waldmann**).

Murtner Gesetzgebungsseminar, Grundlagenseminar II: Erlassredaktion, in Zusammenarbeit mit der Bundeskanzlei und dem Bundesamt für Justiz, 6.–8. November 2024, Murten (**Bernhard Waldmann**)

9. Forum für Verwaltungsrecht, Öffentliches Entschädigungsrecht, 14. November 2024, Bern (**Bernhard Waldmann**, zusammen mit Isabelle Häner)

«Science Webtoon – les langues en Suisse» Präsentation eines Comics über die Schweizer Mehrsprachigkeit, der aus einem von Eva Maria Belser und Simon Mazidi verfassten Artikel hervorgegangen ist, Workshop anlässlich der Konferenz der Jugendparlamente, 26. Oktober 2024, Lausanne (**Véréna Richardier**)

Summer University on Decentralisation and Conflict Resolution, 12.–30. August 2024, Freiburg (**Eva Maria Belser, Sören Keil, Daan Smeekens, Véréna Richardier** und **Rekha Oleschak**)

Jubiläumskonferenz der 30. Summer University, 22.–23. August 2024, «Is Federalism still a viable tool in times of crisis?» (**Véréna Richardier** und **IRCC Team**)

«Introduction to the Swiss Constitutional and Public Law», Vorlesung, die im Rahmen des Blockkurses Introduction to Swiss Law auf Englisch gehalten wird, 24. Oktober 2024, Universität Freiburg (**Marlène Collette**)

5.5 Vorträge und Konferenzen

26.01. Freiburg	«Epidemiengesetz 2.0: Anpassungen für eine Post-Covid-Ära – Bemerkungen zum Vernehmlassungs-entwurf zur Teilrevision des Epidemiengesetzes aus rechtswissenschaftlicher Sicht», Vortrag und Paneldiskussion, Veranstaltung des Instituts für Föderalismus in Partnerschaft mit dem Schweizerischen Nationalfonds (SNF), dem BAG, der GDK und der KdK im Rahmen des NFP 80 «Covid-19 in Society» (Bernhard Waldmann)
26.01. Freiburg	Leitung der Paneldiskussion an der Veranstaltung des Instituts für Föderalismus zum Thema «Epidemi-engesetz 2.0: Anpassungen für eine Post-Covid-Ära» (Andreas Stöckli)
26.01. Freiburg	«Auswirkung der WEKO-Entscheide – eine Evaluation ex post, Sektoranalyse: Submissionen», Vortrag an der 16. Tagung zum Wettbewerbsrecht des Instituts für Recht und Wirtschaft der Universität Freiburg (Andreas Stöckli)
29.01. Bern	Anhörung in der Sicherheitskommission des Grossen Rats des Kantons Bern zur Gesetzesvorlage betr. Auslagerung des Strassenverkehrs- und Schifffahrtsamts (SVSA) (Andreas Stöckli)
08.–09.02. St. Gallen	«Ex-post legislative oversight of Covid-19 crisis governance: The comeback of legislatures after the pandemic?», Vortrag am Jahreskongress der Schweizerischen Vereinigung der Politischen Wissenschaft (Edina Szöcsik)
08.02. London (UK)	«Why the World Did Not Come Together, The Failures of the ‘Committee to Frame A World Constitution’», Vortrag am Center for Transnational Legal Studies, Transnational Law Colloquium (Eva Maria Belser)
18.–19.02. Nizza (F)	Teilnahme und Ko-Organisation des Workshops «Can Federalism Answer the Big Questions of the 21 st Century» zusammen mit Centre International de Formation Europeene (CIFE) (Sören Keil)
05.03. Luzern	«Notrecht: Notwendiges Übel oder Gefahr für den Rechtsstaat?», Vortrag vor dem Juristenverein des Kantons Luzern (Bernhard Waldmann)
07.03.–08.03. Cham	«Verwaltungstätigkeit und Verwaltungsverfahren», «Wiedererwägung und Revision», Vorträge am Seminar für Verwaltungsverfahren im Rahmen der Zentralschweizer Praktikantenkurse (Bernhard Waldmann)
07.03. Weggis	Teilnahme an der SNF NRP 80 Corona-Forschungskonferenz im Rahmen des SNF NRP 80 Projektes «Covid-19 in der Gesellschaft» (Luis A. Maiorini , Johanna Jean-Petit-Matile und Stefanie Rusch)
11.–13.03. Como (I)	Teilnahme an der Myanmar-Konferenz der Konrad-Adenauer-Stiftung, mit Vortrag zum Thema Föderalismusdiskussionen in Myanmar (Sören Keil)
11.03. Freiburg	«Abkommen mit der EU: Braucht es das Ständemehr?», Inputreferat an der Institutsratssitzung des Instituts für Föderalismus (Andreas Stöckli)
13.03. Murten	«Regelungsinstrumente», Vortrag am Murtner Gesetzgebungsseminar zur Rechtsetzungsmethodik (Bernhard Waldmann)
13.03. Online	«Judicial Review and Direct Democracy in Switzerland» Constitutional Justice Systems and Models of Judicial Review In America And Europe. Comparative Analysis of Their Evolution and Main Characteristics (Rekha Oleschak)
21.03. Bern	«Umsetzung der Agenda 2030 im föderalen System der Schweiz», Vortrag anlässlich der Mitglieder-versammlung 2024 des Netzwerks der kantonalen Nachhaltigkeitsfachstellen (NKNF) (Andreas Stöckli)
21.03. Bern	«Verwaltungsaufsicht», Vortrag im Rahmen des Executive Master of Public Administration der Universität Bern (Andreas Stöckli)

22.03. Bern	Organisation, Tagungsleitung und Moderation, 16. Wissenschaftliche Tagung der Schweizerischen Vereinigung für Verwaltungsorganisationsrecht zum Thema «Aktuelle Fragen im öffentlichen Personalrecht: Fachkräftemangel – Flexibilisierung der Arbeitsbedingungen – Digitalisierung – Datenschutz» (Andreas Stöckli , Ursula Marti und Natascia Nussberger)
22.03. Bern	«Aktuelle Rechtsprechung zum öffentlichen Personalrecht», Vortrag an der 16. Wissenschaftlichen Tagung der Schweizerischen Vereinigung für Verwaltungsorganisationsrecht zum Thema «Aktuelle Fragen im öffentlichen Personalrecht: Fachkräftemangel – Flexibilisierung der Arbeitsbedingungen – Digitalisierung – Datenschutz» (Andreas Stöckli und Ursula Marti)
28.03. Lille (F)	Beitrag zum Studententag «Les questions au Gouvernement», organisiert von der Universität Lille und dem Institut d'Etudes Politiques de Lille (Marlène Collette)
16.04. Glarus	Kolloquium zur Vorlage «Stärkung der Krisensicherheit des politischen Systems des Kantons Glarus», Staatskanzlei Glarus (Bernhard Waldmann)
17.–20.04. Ljubljana (SLO)	LEGITIMULT Mid-Term Konferenz (Sören Keil)
18.–19.04. Ljubljana (SLO)	«Ex-post legislative oversight of Covid-19 crisis governance», Paper Presentation, LEGITIMULT Mid-Term Conference (Edina Szöcsik)
23.04. Lausanne	«Contestatory Federalism in India», Seminar at the University of Lausanne with Dr. Sean Müller (Rekha Oleschak)
04.05. Online	«Agonistic Assemblies: Internet Shutdowns in India and their impact on freedom of expression», International Seminar on Freedom of Expression and Role of Media: Reflections on the Commonwealth Latimer House Principles, Commonwealth Legal Education Association, New Delhi (Rekha Oleschak)
06.05 Bern	«Indien wählt: Demokratie Bar mit Bernard Imhasly und Rekha Oleschak» am Politforum Bern (Rekha Oleschak)
06.05. Göttingen (D)	«Emigration und Rechtspopulismus», Vortrag im Forschungskolloquium des Instituts für Demokratieforschung an der Universität Göttingen (Edina Szöcsik)
09.05. London (UK)	«Constitutionalism in Times of Crisis: Transnational Perspectives on Challenges & Ways Forward», Vortrag an der CTLS Global Conference 2024 (Eva Maria Belser)
14.05. Online	«The EU Budget and its Conditionalities, by Mario Kölling», Moderation of Session on «Turn on Federalism» (Rekha Oleschak)
03.06. Cagliari (IT)	International Conference of the journal «Scuola Democratica», Präsentation über das Zeichnen von wissenschaftlicher Arbeit, Universität Cagliari (Italien) (Véréna Richardier)
06.06. Addis Abeba (Äthiopien)	«Public Policy Making in Multi-Level Governance: Power, Institutions and Laboratory Federalism in Ethiopia», Center for Federalism and Governance Studies, PhD Viva with Niguise Daba Heyi (Eva Maria Belser)
07.06. Addis Abeba (Äthiopien)	«Solving Federal Disputes – Conflict Resolution Between Judicial Adjudication and Political Mediation», Vortrag am Center for Federalism and Governance Studies 2024 Graduate Seminar (Eva Maria Belser)
11.–14.06. Montreal (CAN)	Teilnahme an der Canadian Political Science Association mit einem Vortrag zu «Power-sharing for Peace» (Sören Keil)

12.06. Freiburg	«Fédéralisme et décentralisation en Suisse: enjeux et histoire», Vortrag im Rahmen des Besuches einer Delegation der Inspection Générale des Finances de la République Démocratique du Congo (Eva Maria Belser)
12.06. Freiburg	«Fédéralisme et fiscalité en Suisse: introduction», Vortrag im Rahmen des Besuches einer Delegation der Inspection Générale des Finances de la République Démocratique du Congo (Eva Maria Belser)
13.06. Freiburg	«Les besoins en termes de formation _ IGF», Vortrag im Rahmen des Besuches einer Delegation der Inspection Générale des Finances de la République Démocratique du Congo (Eva Maria Belser)
24.06. Freiburg	«Die Stellung der Regierung im Gefüge der Gewaltenteilung», Vortrag am Staatsrechtsseminar des Instituts für Föderalismus für neue Regierungsmitglieder (Andreas Stöckli)
28.06. Innsbruck (AT)	«Finanzausgleich in der Schweiz», Vortrag an der Veranstaltung «40 Jahre Föderalismusinstitut in Fribourg», Arbeitsgespräch mit dem Institut für Föderalismus der Universität Innsbruck (Andreas Stöckli)
12. – 15.08. Dublin (IRL)	«Expert advice bodies' role in Covid-19 crisis governance: Covid-19 vaccination mandates in Austria, Germany and Switzerland», Paper Presentation, ECPR General Conference, UCD (Edina Szöcsik)
12.08. Freiburg	«What is a State?», Vortrag an der Summer University on Federalism, Decentralisation and Conflict Resolution (Eva Maria Belser)
14.08. Freiburg	«Federalism in Switzerland», Vortrag im Rahmen der Summer University on Federalism, Decentralization and Conflict Resolution 2024 (Eva Maria Belser)
14.08. Freiburg	«Theories of Federalism», Vortrag im Rahmen der Summer University on Federalism, Decentralization and Conflict Resolution 2024 (Sören Keil)
22.08. Freiburg	«Federalism and resource tensions», Vortrag im Rahmen der Konferenz «Is Federalism still a Viable Governance Tool in Times of Crisis?» (Eva Maria Belser)
22.08. Freiburg	«India's descent into autocratic legalism: A federal perspective» Summer University 30 th edition «Is Federalism still a Viable Governance Tool in Times of Crisis?» (Rekha Oleschak).
23.08. Freiburg	Abschlusskonferenz Projekt «Power-sharing for Peace?» (Sören Keil)
26.08. Freiburg	Federalism and Conflict in India, Summer University on Decentralisation and Conflict Resolution, 12.08.–30.08. (Team IRCC, Rekha Oleschak)
02. – 03.09. Freiburg	Tagungsleitung und Moderation, 2. Freiburger Föderalismustage zum Thema «Kompetenz- und Aufgabenteilung im Bundesstaat – Grundsätze und deren Anwendung im Gesundheits- und Sozialwesen» (Andreas Stöckli und Bernhard Waldmann)
02.09. Freiburg	«Rechtsschutz bei Kompetenzstreitigkeiten», Vortrag an den 2. Freiburger Föderalismustagen zum Thema «Kompetenz- und Aufgabenteilung im Bundesstaat – Grundsätze und deren Anwendung im Gesundheits- und Sozialwesen» (Andreas Stöckli)
02.09. Freiburg	«An Introduction to the Swiss Federal System: Linguistic, Religious and Cultural Diversity», Vortrag im Rahmen des Besuches einer Delegation der National Dialogue Commission Ethiopia (Eva Maria Belser)
02.09. Freiburg	Moderation Podiumsdiskussion mit Martin Bühler, Jacques Dubey, Michael Hermann, Florence Nater und Marie-France Roth Pasquier (Eva Maria Belser)

03.09. Freiburg	Moderation der Podiumsdiskussion «Aufgabenreform: Rückblick und Ausblick» mit Stadtpräsident (Biel) Erich Fehr, Ständerätin (FR) Johanna Gapany, Stv. Generalsekretär KdK Thomas Minger und Regierungsrat (FR) Jean-Pierre Siggen anlässlich der 2. Freiburger Föderalismustage (Luis A. Maiorini)
04.09. Freiburg	«Protection of Minorities in Federal States: Issues and Challenges», Vortrag im Rahmen des Besuches einer Delegation der National Dialogue Commission Ethiopia (Eva Maria Belser)
12. – 13.09. Wien (AT)	LoGov – Local Government and the Changing Urban-Rural Interplay, Final Conference (Eva Maria Belser) Governing cities and their surroundings, Diskussion mit Karten Zimmermann (Eva Maria Belser)
13.09. Freiburg	«Aktuelles zum Verwaltungsrecht», Vortrag im Rahmen des Alumni Ius Frilex Service Pack 2024 (Andreas Stöckli)
13.09. Freiburg	«Neue Entwicklungen im Verwaltungsrecht», Vortrag im Rahmen des Alumni Ius Frilex Service Pack 2024 (Bernhard Waldmann)
17. – 18.09. Antwerpen (NL)	Dynamic Federalism, IACFS Conference 2024 (Eva Maria Belser) Navigating between Uniformity and Subsidiarity: The European Court of Human Rights and Federal Human Rights Dynamics (Eva Maria Belser und Daan Smeekens)
20.09. Zypern	«Dive into Swiss federalism: a practical insight into the field of education», Publik Talk organisiert von der Schweizerischen Botschaft in Larnaca im Rahmen des Besuches von Schweizer Föderalismus-expertInnen (Eva Maria Belser)
21.09. Zypern	«Federal power-sharing: a discussion on living diversity and unity in peace», Austausch im Rahmen des International Day of Peace, organisiert von der Schweizerischen Botschaft in Larnaca, Zypern (Eva Maria Belser)
26.09. London (UK)	Talking about Justice: Minority Rights, Vortrag am Center for Transnational Legal Studies (Eva Maria Belser)
26.09. Bern	Teilnahme am SNF NRP 80 Cluster Meeting on Governance & Economy im Rahmen des SNF NRP 80 Projektes «Covid-19 in der Gesellschaft» (Luis A. Maiorini und Michael Hediger)
11.10. Budapest (HU)	«Switzerland: Swiss and EU-relations: Current challenges and their causes», Vortrag am Workshop «Western Balkan's European future. The role of non-EU states in shaping European Integration», Andrassy Universität Budapest (Edina Szöcsik)
14.10. Freiburg	«Fédéralisme et décentralisation en Suisse: enjeux et histoire», Vortrag im Rahmen des Besuches einer Delegation des Assemblée Provinciale du Kongo Central et Secrétariat Général à la Décentralisation (Eva Maria Belser)
14.10. Freiburg	«Différence entre fédéralisme et décentralisation», Vortrag im Rahmen des Besuches einer Delegation des Assemblée Provinciale du Kongo Central et Secrétariat Général à la Décentralisation (Eva Maria Belser)
21.10. online	«Religionsfreiheit im Arbeitsverhältnis», Vortrag im Rahmen der Online-Veranstaltungsreihe «Wissen am Mittag» der Ostschweizer Fachhochschule (OST) (Andreas Stöckli)
22.10. Genf	«How do you speak Swiss?» Consensus democracy, multilingualism and political participation Workshop im Rahmen des von der Mobiliar finanzierten Projekts «Zukunft der Schweiz» mit Prof. Juliane Schröter (Universität Genf) (Véréna Richardier und Naomi Schaffer)

04.11. Nairobi, Kenia	«Constitutional and Legal issues related to Federalism in Somalia», Workshop on Fiscal Federalism in Somalia, organised with Intergovernmental Fiscal Federalism Technical Committee (IGFFTC), World Bank and SDC (Rekha Oleschak)
5.11. Brasilien Online	«The Constitution-making Power of Swiss Cantons and their Use: From a Time of Slumber to a New Awakening», Center for Research in SubConstitutionalism, Federal University of Mato Grosso do Sul (Eva Maria Belser)
07.11. Murten	«Regelungsarchitektur und Aufbau von Erlassen», Vortrag anlässlich des Murtner Gesetzgebungsseminars 2024 (Andreas Stöckli)
07.11. Murten	«Normtypen», Vortrag am Murtner Gesetzgebungsseminar zur Erlassredaktion (Bernhard Waldmann)
11.11. Online	«On Corporations: Understanding the Role and Limits of the Law», Induction Session for Students of St. Dominics College of Law, Kanjirapally, India (Rekha Oleschak)
13.11. Oxford (UK)	Research Workshop Human Rights (Eva Maria Belser)
14.11. Oxford (UK)	«Why the World did not Come Together», Bonavero Human Rights Institute, Thursday Perspectives (Eva Maria Belser)
14.11. Bern	«Haftung für Rechtsakte», Vortrag am 9. Forum für Verwaltungsrecht zum Thema «Öffentliches Entschädigungsrecht», Bern (Bernhard Waldmann)
14.11. Bern	«Haftungssubjekte im Gefüge dezentraler Verwaltungsstrukturen», Vortrag am 9. Forum für Verwaltungsrecht zum Thema «Ausgewählte Fragen zum öffentlichen Entschädigungsrecht» des Instituts für Recht und Wirtschaft der Universität Freiburg (Andreas Stöckli)
14.11. Bern	«Wie viel Parlament braucht's in Krisenzeiten?», Vortrag im Rahmen der Veranstaltungsreihe «Demokratie-Bar» des Polit-Forums Bern (Luis A. Maiorini)
30.11. Kapstadt (SA)	«Inclusive decision-making», Conversations: Democracy and development – government by the people, for the people, mit Karen van Marle and Susan Booyen, moderiert von Nico Steytler (Eva Maria Belser)
01.12. Kapstadt (SA)	«The right to development and global democracy», Conversations: Democracy and development – government by the people, for the people, mit Christina Murray, Xavier Philippe und Benyam Mezmur, moderiert von Jaap de Visser (Eva Maria Belser)
01.12. Kapstadt (SA)	«Democratic governance and the lack of inclusive development», Conversations: Democracy and development – government by the people, for the people, mit Zemelak Ayele, Nico Steytler, Ebrahim Fakir und Benyam Mezmur (Eva Maria Belser)
05.12. Luzern	«Haftung von Arbeitnehmenden im öffentlichen Dienst», Vortrag an der Tagung zum öffentlichen Personalrecht des Instituts für Rechtswissenschaft und Rechtspraxis der Universität St. Gallen (Andreas Stöckli)
10.12. Online	«Postcolonial Federalism and the Islamic Republic of Pakistan», by Shahal Khoso, Moderation of Session on «Turn on Federalism» (Rekha Oleschak)

Impressum:

Institut für Föderalismus

Av. Beauregard 1

CH-1700 Freiburg

Tel. +41 (0) 26 300 81 25

E-Mail: federalism@unifr.ch

<http://www.federalism.ch>

Auflage: 350

Redaktion: Institut für Föderalismus

(Koordination: Martina Tödtling)

Übersetzung / Relektüre: Nicolas Schmitt, Martina Tödtling

Grafik: Daniel Wynistorf, Freiburg

Druck: Canisius AG, Freiburg

MOT DE LA PRÉSIDENTE

Alors que les défis pour les populations d'aujourd'hui et les générations de demain appellent une réponse coordonnée, et que la situation internationale exige de garder la tête froide, la Suisse peut compter sur sa tradition fédéraliste. Un fédéralisme dont les qualités ont rarement été aussi importantes pour maintenir des bases solides et construire des projets durables.

À le vivre au quotidien, on peut parfois perdre de vue ce qui fait la richesse de notre système. Le fédéralisme, tel que nous le pratiquons en Suisse, permet d'entendre les différentes voix qui s'expriment au sein de la société. Il donne la possibilité à chaque territoire de s'exprimer et de voir son avis écouté. Dans le respect des idées minoritaires, la majorité propose des solutions suffisamment agiles pour se déployer dans des contextes différents et, ainsi, s'adapter aux spécificités locales, une flexibilité qui repose sur les lignes directrices communes définies par les différents territoires composant notre pays. Ces dénominateurs communs garantissent l'unité dans la diversité et la cohérence de nos institutions. En donnant à tous les échelons la possibilité d'agir puis de le faire de concert, le fédéralisme suisse encourage la solidarité intercantonale et la compréhension mutuelle. Il implique également d'identifier les responsabilités et la manière dont elles sont assumées. C'est un travail de longue haleine, qui se doit d'être réévalué à intervalles réguliers afin de résonner avec l'évolution de notre société.

Cette organisation, qui peut sembler complexe au premier abord, est la toile de fond de notre fonctionnement quotidien. Il est toutefois indispensable de le questionner. Réfléchir, analyser le fédéralisme démontre aujourd'hui, peut-être plus que jamais, sa pertinence. Alors que l'on constate une hausse des menaces sur les démocraties, une polarisation des idées et des positions, il est nécessaire de contrer ce durcissement de nos sociétés en luttant contre la montée du populisme, en intégrant les idées et en entendant les besoins de toutes et tous. Chercher des solutions communes, de consensus, tout en laissant une marge de manœuvre aux territoires: voilà ce qui a fait le succès de l'organisation de notre pays jusqu'à présent.

Par ses connaissances juridiques pointues, ses compétences reconnues et la qualité de ses recherches, l'Institut du fédéralisme effectue depuis désormais plus de 40 ans un travail d'analyse, de réflexion et d'évaluation de nouvelles perspectives, qui font du fédéralisme un outil d'organisation en constante évolution et en

adéquation avec son temps. Je tiens ici à saluer vivement la qualité du travail fourni par l'équipe de l'Institut.

En tant que présidente de la Fondation ch et fervente fédéraliste, je me réjouis également de constater que de nombreuses personnes et institutions défendent le fédéralisme à travers ses multiples facettes. Je citerai ici le Forum du bilinguisme de Bienne, qui a reçu en 2024 le prix du fédéralisme, pour son engagement en faveur de l'échange entre les langues, mais aussi la Collection ch, qui a fêté son 50e anniversaire et qui œuvre également pour la diffusion des idées, au-delà des barrières de la langue, proposant plus de 300 titres littéraires suisses traduits.

D'autres aspects du fédéralisme seront également mis en lumière cette année lors de la Conférence nationale sur le fédéralisme. Les 13 et 14 novembre prochains, le canton de Zoug accueillera des expert-es pour questionner la pression centralisatrice et son impact sur le fédéralisme. Cette conférence abordera également la numérisation et sa compatibilité avec le fédéralisme. Un programme qui illustre les défis que doit appréhender notre système et, par la même, l'intérêt constant qu'il ne manque pas de susciter.

Florence Nater, Conseillère d'État du Canton de Neuchâtel



1. AVANT-PROPOS

L'année 2024 a marqué un anniversaire pour l'Institut du Fédéralisme : il y a 40 ans, la Fondation ch pour la collaboration confédérale a décidé d'implanter un centre de compétences à l'Université de Fribourg, qui a repris – dans l'idée d'en faire un véritable institut scientifique – la modeste bibliothèque et la documentation qui existaient alors sur le droit cantonal. Ce nouvel Institut du Fédéralisme, sous la direction du professeur Thomas Fleiner (1985–2008) puis du professeur Peter Hänni (2008–2017), s'est rapidement profilé dans la documentation du droit cantonal et dans l'observation du fédéralisme suisse. Il ne cesse de fournir des renseignements juridiques, de rédiger des avis de droit et de s'engager dans la formation continue. En 1997, la création de l'International Research and Consulting Centre (IRCC), a permis d'ancrer institutionnellement la coopération et le conseil internationaux, qui avaient pris de l'importance à partir des années 1990, renforçant ainsi la collaboration avec le DFAE et la DDC.

La direction et les collaborateurs de l'Institut ont marqué cet anniversaire par une pause festive. Nous avons rendu visite à notre cher «Institut frère» d'Innsbruck, profitant de l'occasion pour aborder, dans le cadre d'un colloque conjoint, des questions et des thèmes qui préoccupent nos deux États fédéraux. Parallèlement, nous avons eu l'occasion de visiter le parlement du Tyrol et de participer à une passionnante visite guidée de la charmante vieille ville d'Innsbruck.

Depuis plusieurs années, l'Institut s'efforce de disposer d'un financement de base stable, ce qui lui permettrait de garantir sur le long terme (notamment en termes de personnel) les structures nécessaires pour offrir des prestations de nature scientifique, aussi bien dans le contexte national qu'à l'étranger. Il y a près de cinq ans, l'Assemblée fédérale avait déjà chargé le Conseil fédéral, par l'adoption d'une motion (19.3008), de participer dans une mesure appropriée au financement de base du Centre cantonal de compétence pour le fédéralisme. Cette année, le Conseil fédéral a mis en consultation un avant-projet de loi fédérale relatif à ce subventionnement.

Cependant, aussi bien le Conseil de l'Institut que sa direction sont d'avis que les bases légales existantes autoriseraient déjà une participation fédérale à ce financement de base. En particulier, les services dans le domaine international pourraient aisément se fonder sur la loi fédérale sur la coopération au développement

et l'aide humanitaire internationales. Dans une vision opposée, il a été rappelé à plusieurs reprises – y compris de la part des autorités – que les instituts universitaires étaient déjà soutenus financièrement par la loi sur l'encouragement et la coordination des hautes écoles (LEHE).

Cet argument n'est toutefois pas recevable, car la question du financement de base du centre de compétence pour le fédéralisme, contrairement à ce qui est prévu par la loi sur les hautes écoles, ne concerne pas le financement de la recherche et de l'enseignement, mais celui des services qui, eux, ne relèvent pas de la mission des universités mais servent à la coopération au développement ou à la préservation du fédéralisme en Suisse. Si une base légale devait quand même être créée, il serait sans doute plus judicieux de l'intégrer dans la loi fédérale sur des mesures de promotion civile de la paix et de renforcement des droits de l'homme. Bien que cette loi vise principalement des mesures prises à l'étranger, c'est en son sein que les nouvelles normes relatives à l'Institution suisse des droits humains (ISDH) ont trouvé leur place.

Ces considérations légales mises à part, il semble que l'équation soit difficile à résoudre pour d'autres raisons encore. Depuis quelques mois, les mesures d'austérité et les restrictions budgétaires font partie intégrante du discours politique, y compris à l'encontre des universités et de leurs instituts. Pour l'Institut du Fédéralisme qui, institutionnellement, relève de la Faculté de droit de l'Université de Fribourg, mais dont le profil s'oriente principalement sur les services en faveur de la Confédération et des cantons, cette pression croissante sur les coûts s'avère particulièrement préjudiciable. Les premières mesures d'économie ont dû être prises cette année déjà. Compte tenu des innombrables conflits qui sévissent dans de nombreuses régions du monde et de la polarisation croissante, même dans des démocraties bien établies, il semble particulièrement regrettable que l'Institut ne puisse mettre en valeur que de manière limitée les expériences de la Suisse et d'autres pays en ce qui concerne la gestion pacifique de la diversité et d'autres thèmes liés au fédéralisme.

En dépit de cet environnement compliqué, nous avons pu poursuivre plusieurs programmes existant de longue date, tout en lançant quelques nouveaux projets. Bien que la recherche laborieuse de financements individuels pour chaque prestation augmente

considérablement la charge administrative – y compris pour nos partenaires – notre motivation reste intacte, à savoir être à disposition des acteurs nationaux et étrangers pour leur offrir des conseils scientifiques et des formations sur mesure. Le présent rapport annuel vise à vous donner un aperçu des diverses activités de notre institut.

1.1 Les fleurons de la formation continue et des échanges

La *Summer University* sur le fédéralisme, la décentralisation et la résolution des conflits a pu être organisée pour la 30^{ème} fois cette année. Plus de 40 participants et enseignants venus des quatre coins du monde se sont à nouveau penchés pendant trois semaines sur la gouvernance des Etats polycentriques, mais aussi sur la manière de protéger les minorités et de renforcer durablement la démocratie et les droits de l'homme. Pour célébrer cet anniversaire, la *Summer University* a également organisé une conférence internationale de deux jours portant sur la question de savoir si le fédéralisme pouvait apporter des réponses aux conflits actuels, et dans l'affirmative comment.

Pour la deuxième fois cette année, les *Journées Fribourgeoises du Fédéralisme* nous ont permis d'offrir une plate-forme pour l'échange interdisciplinaire entre spécialistes, scientifiques et décideurs. Pendant deux jours, la réunion a traité de la répartition des compétences et des tâches au sein de l'Etat fédéral suisse. Ce thème s'est facilement imposé par son actualité, vu la reprise, en juin 2024, des efforts conjoints entre la Confédération et les cantons pour réexaminer la répartition des tâches entre les divers niveaux de l'Etat fédéral et pour élaborer des propositions visant un nouveau désenchevêtrement des tâches réalisées et financées en commun. Dans ce contexte, l'exposé de Mme Karin Keller-Sutter a suscité un intérêt particulièrement vif. Le symposium a profité de cette collaboration entre la Confédération et les cantons, d'une part pour débattre des principes de répartition des tâches et des compétences, et d'autre part pour approfondir leur application dans le domaine de la santé et des services sociaux (cf. plus précisément le point 3.2).

1.2 Recherche fondamentale et recherche appliquée

Dans le contexte du projet de recherche «*Improving Swiss Pandemic Governance – How to Strengthen Democracy, Federalism and Human Rights Implementation in Times of Crisis*», qui fait partie du programme national de recherche «Covid-19 et société (PNR 80)», les premiers résultats intermédiaires ont déjà été obtenus, et ils ont fait l'objet de trois publications : la première («Le renforcement du Parlement en temps de crise») a procédé à une analyse de la modification de la loi sur le parlement adoptée dans le sillage de la pandémie de Covid-19.

La deuxième («Le contrôle judiciaire du droit d'urgence») a analysé les déficits existant en matière de protection juridictionnelle et formulé des propositions d'améliorations pour adapter cette dernière, dans l'idée de renforcer l'Etat de droit dans des situations exceptionnelles. La troisième («Les systèmes cantonaux de droit d'urgence») a examiné les similitudes et les différences entre les cantons pour ce qui concerne le droit d'urgence et les clauses d'urgence. En outre, l'équipe de recherche a été impliquée dans la consultation touchant la révision partielle de la loi sur les épidémies, tout d'abord en réunissant des représentants de la politique, de l'administration et des sciences (juridiques) dans un atelier de travail, puis en participant à la procédure de consultation proprement dite.

Par ailleurs, l'équipe de recherche a également été impliquée dans les discussions en cours sur les réformes du droit d'urgence dans les cantons. Il apparaît déjà aujourd'hui que le projet permet – ce qui était d'ailleurs le but recherché – de mieux faire le lien entre science et pratique. L'échange avec la pratique enrichit l'analyse scientifique, dont les résultats sont à leur tour traduits dans les réformes en cours.

Des premiers résultats ont également été présentés dans le contexte de notre projet de recherche «Légimult», financé par l'UE et le Secrétariat d'Etat à la formation, à la recherche et à l'innovation. Cette étude, à laquelle participent dix partenaires européens, doit permettre de rassembler de vastes champs de données pour montrer l'influence des systèmes étatiques à plusieurs niveaux sur les mesures prises pendant la pandémie de COVID-19. Nous utilisons ces ensembles de données pour comparer la manière dont le fédéralisme, la décentralisation et l'eupéanisation se répercutent sur les différents aspects de la gestion des crises tels que l'Etat de droit, la participation démocratique, les droits de l'homme et

2. L'ANNÉE 2024 DANS LE RÉTROVISEUR

2.1 Centre national

la politique fiscale. Dans le contexte d'une conférence intermédiaire qui s'est tenue en avril à Ljubljana, les divers partenaires ont échangé leurs premiers résultats. Des mesures relatives à la gouvernance démocratique et aux systèmes polycentriques sont désormais disponibles. Les derniers mois du projet ont été consacrés à l'élaboration de modèles de gestion des crises plus légitimes et à la formulation de recommandations. Elles seront présentées à un large public lors d'une conférence finale qui se tiendra l'année prochaine à Bruxelles.

Il convient enfin de mentionner au titre de la recherche appliquée les nombreux avis de droit et autres expertises que l'Institut réalise pour le compte de mandants représentant les domaines les plus variés du droit constitutionnel et administratif. L'accent est mis sur les questions constitutionnelles de l'organisation de l'État et des autorités, ainsi que sur les domaines relevant du droit administratif cantonal (cf. point 3). Les avis de droit enrichissent la compréhension scientifique de l'organisation étatique fédérale et sont en outre indispensables au financement des structures de base de l'Institut.

1.3 Remerciements

La direction tient à remercier chaleureusement les membres du Conseil de l'Institut, dirigé par la conseillère d'État Florence Natter, pour leur confiance et leur estime. Nous sommes heureux de contribuer, avec nos partenaires, au développement du fédéralisme. Nous remercions tout particulièrement nos collaboratrices et nos collaborateurs, qui, par leur inlassable engagement, contribuent de manière significative au rayonnement de l'Institut.

Eva Maria Belser
Bernhard Waldmann
Andreas Stöckli

Sur la base d'un accord conclu avec la Fondation ch dans les années 2014/2018, l'Institut fournit aux cantons un certain nombre de « services de base ». Ce terme inclut notamment l'observation de la recherche, de la jurisprudence et de la législation relevant du fédéralisme. Les résultats les plus pertinents ressortant de ces analyses sont régulièrement publiés, notamment sous forme de newsletters. C'est ainsi que l'on trouve dans les quatre éditions qui sont parues en 2024, outre des références aux plus récents développements touchant la législation, la jurisprudence et la recherche, des discussions sur une thèse en sciences politiques sur le lobbying des cantons et sur une autre thèse en droit étudiant la situation des villes dans l'État fédéral, des analyses portant sur certains arrêts du Tribunal fédéral, de même que des articles se penchant par exemple sur la transition numérique au sein de l'État fédéral ou sur le fédéralisme d'exécution. Au surplus, l'Institut a poursuivi cette année sa publication de newsletters présentant les objets soumis au vote dans les cantons, suivies du résultat des scrutins.

Dans le contexte du programme national de recherche sur la gouvernance en temps de crise « Covid-19 et société (PNR 80) », financé par le Fonds national suisse (FNS), les premiers articles scientifiques ont fait l'objet de publications. Dans une première contribution, le droit d'urgence et les clauses d'urgences prévues par les constitutions cantonales sont comparées et commentées en fonction d'un certain nombre de critères (systématique, conditions de mise en œuvre, portée, correctifs juridiques ou démocratiques). Un deuxième article répertorie des exemples concrets démontrant que la protection judiciaire s'est révélée lacunaire durant la pandémie de COVID-19, et il propose donc des ajustements. Une troisième contribution porte sur la révision de la loi sur le Parlement (LParl) visant à renforcer l'Assemblée fédérale dans de futures situations de crise. L'Institut a également organisé en janvier un atelier sur la révision partielle de la loi sur les épidémies (LEp) : après une présentation du projet mis en consultation, celui-ci a été analysé d'un point de vue juridique, politique et légistique. Pour finir, l'équipe de recherche a été invitée en avril à Glaris pour discuter du projet de ce canton intitulé « Renforcement de la sécurité du système politique en cas de crise ».

Dans le domaine de la recherche appliquée, l'Institut a également rédigé cette année plusieurs avis de droit qui sont présentés en détail sous le chiffre 3.1.

Pour conclure, l'Institut s'est également montré très actif dans le domaine de la formation continue. Il convient de mentionner en particulier la deuxième édition des Journées Fribourgeoises du Fédéralisme, consacrées à la répartition des compétences et des tâches dans l'État fédéral suisse (voir point 3.2). Pour ce qui concerne les séminaires législatifs de Morat (*Murtner Gesetzgebungsseminare*), un séminaire sur la méthodologie législative et un autre sur la rédaction législative ont eu lieu en 2024. Comme toujours, les séminaires se déroulent à guichets fermés. A cela s'ajoutent d'innombrables exposés prononcés lors de séminaires de formation continue, de conférences et de colloques (cf. liste détaillée sous point 5.).

2.2 Centre international (IRCC)

Le fédéralisme, la démocratie, l'Etat de droit, les droits de la personne et la répartition des compétences : autant dire que l'éventail des questions sur lesquelles le Centre international de recherche et de consultation (IRCC) s'est penché en 2024 s'est caractérisé par son ampleur, d'autant plus que nous avons poursuivi nos activités dans plusieurs régions du monde, à commencer par celles du sud. Cependant, le point fort de cette année a été l'organisation de la 30ème édition de l'Université d'été sur le fédéralisme, la décentralisation et la résolution des conflits (Summer University), qui a

attiré plus de 40 participants du monde entier. À l'occasion de cet anniversaire, l'IRCC a également organisé une conférence sur le thème « Le fédéralisme est-il un outil fiable en temps de crise? ». De fait, cette question reflète l'état du déclin démocratique observé un peu partout dans le monde, et elle a mis en lumière les travaux d'éminents chercheurs nationaux et internationaux qui ont exploré – notamment – les relations complexes qui existent entre fédéralisme, démocratie et résolution des conflits, démontrant la manière dont les structures fédérales peuvent stabiliser ou au contraire exacerber les conflits, et fournissant des informations précieuses sur leur rôle dans la dynamique politique contemporaine. Les actes de la conférence sont publiés sous forme de documents de travail IFF en libre accès: <https://www.unifr.ch/federalism/en/research/iffworkingpaperonl.html>

Deux projets de recherche auxquels l'IRCC a participé sont arrivés à leur terme en 2024: « LOGOV – Local Government and the Changing Urban-Rural Interplay » et « Power-sharing for Peace? Équilibre entre adaptabilité et durabilité au Liban, en Syrie et en Irak » soutenu par le Réseau suisse pour les études internationales (Swiss Network for International Studies, SNIS). Ces deux projets ont été parachevés par une conférence finale, cette dernière étant organisée par l'IRCC à Fribourg (cf. section 3.3). De leur côté, les projets de recherche Legitimult (<https://legitimult.eu/>) et Swiss Pande-



Impressions Summer University 2024



mic Governance (<https://www.nfp80.ch/fr/BzzNJF6Mn1fA4PuO/project/crisis-management-strengthening-democracy-human-rights-and-federalism>) se sont poursuivis durant l'année 2024, incluant plusieurs conférences et divers ateliers de travail.

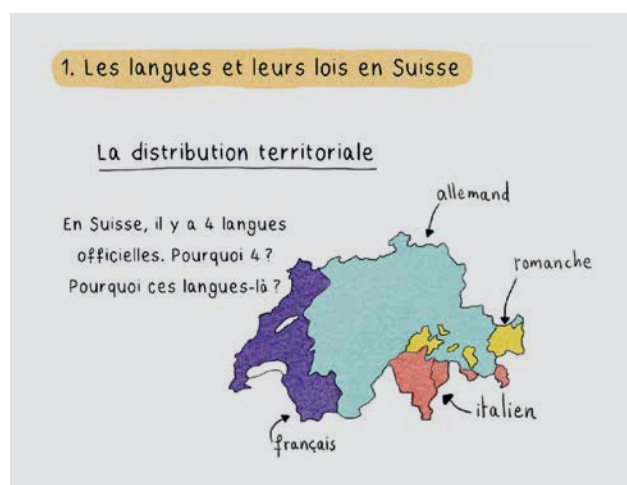
Un nouveau projet interdisciplinaire «Comment parle la Suisse? Démocratie consensuelle, plurilinguisme et participation politique» a été lancé en 2024. En tant que sous-projet de la recherche portant sur «L'Avenir de la Suisse» à l'Université de Fribourg, cette étude est menée en collaboration avec l'Institut du multilinguisme et financée par La Mobilière. Elle aborde la question du lien entre plurilinguisme, multilinguisme, institutions politiques et réalités juridiques en Suisse.

L'IRCC a été représenté lors de plusieurs conférences universitaires, par exemple la conférence de l'IACFS (International Association of Centers for Federal Studies) à Anvers (Prof. Eva Maria Belser, M. Daan Smeeckens), la conférence annuelle de l'Association suisse pour les sciences politiques à Saint Gall et la conférence générale de l'ECPR (European Consortium for Political Research) à Dublin (Dr. Edina Szöcsik), à l'Association canadienne de science politique à Montréal et lors de la Conférence de la Fondation Konrad Adenauer sur le Myanmar à Come (Dr. Sören Keil), sans oublier la Scuola Democratica de l'Université de Cagliari (Dr. Véréna Richardier).

L'IRCC s'est montré fidèle à sa tradition d'accueil de chercheurs en provenance de divers pays, parmi lesquels cette année l'Afrique du Sud, l'Éthiopie, l'Italie, le Nigéria, la Pologne, la Turquie et l'Ukraine. Dans le cadre du projet LOGOV, Mme Dr. Rekha Oleschak a effectué un séjour de recherche à l'Université nationale de Singapour et Mme Tamara Wanner à l'Université nationale San Martin de Buenos Aires (Argentine).

Parmi les travaux de conseils pilotés par l'IRCC, on trouve en bonne place l'étude sur le fédéralisme fiscal en Somalie, effectuée en coopération avec la Banque mondiale et la DDC. Dans le cadre de son activité de consultant, l'IRCC a permis l'élaboration d'un document stratégique sur le fédéralisme fiscal, qui, une fois adopté par le ministère des Finances, devrait constituer la base des réformes du système de fédéralisme financier à moyen terme. L'IRCC a également travaillé à une étude comparative entre pays fédéraux à propos de la gouvernance foncière, en mettant l'accent sur les discussions touchant cette dernière et le fédéralisme au Myanmar.

Quant aux activités de sensibilisation, elles ont inclus une nouvelle coopération avec le Politforum à Berne, qui s'est traduite par deux événements ayant pris la forme de «Démocratie Bar», le premier sur les élections indiennes (Dr. Rekha Oleschak) et le second sur le rôle des parlements en temps de crise (M. Luis Maiorini). Parmi



«Science Webtoon», illustration du multilinguisme, Véréna Richardier



Visite de membres du Secrétariat général à la Décentralisation de la République Démocratique du Congo (RDC), octobre 2024

3. SOUS LA LOUPE

3.1. Avis de droit

d'autres activités de ce type, notons le programme «Turn on Federalism» réalisé en coopération avec la Fondation Hanns Seidel, ainsi qu'un séminaire organisé avec la Fondation Convivenza et comportant une conférence sur le thème «Human and Minority Rights in Crisis» prononcée par le Prof. Joseph Marko, ancien juge international de la Cour constitutionnelle de Bosnie-Herzégovine. L'IRCC a également dispensé deux cours à l'Université du printemps au Myanmar et organisé des programmes de formation pour divers autres partenaires. La prof. Eva Maria Belser a donné des conférences à l'EURAC Winter School on Comparative Federalism à Bolzano ainsi qu'à l'Université d'Addis-Abeba, et elle a participé à des programmes de formation à Chypre et en République démocratique du Congo (RDC).

En 2024, la prospection financière a représenté un défi chronique pour l'IRCC : bien que nous ayons pu lever des fonds par exemple pour l'Université d'été et sa conférence (FNS, Aargauer Stiftung, FDFA, SDC, Toni Hagen Foundation), ainsi que pour le projet de sensibilisation aux webtoons (Fonds de recherche du centenaire de l'Université de Fribourg) ou encore les projets de recherche en cours, il n'en demeure pas moins que la poursuite à long terme de nos activités restera difficile sans l'institutionnalisation d'un soutien financier.

En 2024, l'IRCC a poursuivi son excellente tradition de publications, les membres de l'équipe participant à la rédaction de livres, d'articles de revues et de blogs. Mme Dr. Edina Szöcsik et ses co-auteurs ont même reçu le prix du meilleur article de la revue *Regional and Federal Studies* pour leur contribution intitulée «The Framing Territorial Demands (FraTerr) dataset: A novel approach to conceptualizing and measuring regionalist actors' territorial strategies» Voir: <https://www.tandfonline.com/journals/frfs20/collections/best-paper-prize-regional-federal-studies>.

Depuis de nombreuses années, l'une des activités principales de l'Institut du Fédéralisme consiste à rédiger des avis de droit et autres expertises portant sur des questions de droit public et de droit administratif. L'accent est mis sur les questions constitutionnelles touchant l'organisation de l'État et des autorités, mais également sur le droit administratif cantonal. En 2024, l'Institut a une nouvelle fois rédigé plusieurs avis de droit, qui sont présentés ci-après de manière succincte.

Pour le compte de la Direction de la justice du canton d'Uri, l'Institut a examiné la validité juridique de l'initiative populaire «*Isleten für alle*». Celle-ci réclamait l'adoption d'une base légale réglementant l'utilisation de la zone d'Isleten, sur la rive occidentale du lac des Quatre-Cantons. Dans cet avis de droit, la validité de l'initiative a été examinée à la lumière du droit cantonal ainsi que des exigences minimales du droit fédéral (art. 34 al. 2 CF). L'accent a été mis sur la recevabilité de l'initiative, à savoir si elle concernait la rédaction d'une loi générale et abstraite ou si au contraire elle portait sur un cas particulier, ce qui ne serait pas admissible. L'expertise est arrivée à la conclusion que, aux termes de la Constitution uranaise, une initiative législative pouvait également porter sur des dispositions générales et concrètes, et que la constitution n'excluait ni des « Plans d'affectation sous forme de lois » ni des initiatives en la matière. L'avis de droit a également conclu que l'initiative respectait les principes de l'unité de la forme et de l'unité de la matière et ne contredisait pas le droit supérieur – en l'occurrence celui de l'aménagement du territoire et de l'autonomie locale. Quoi qu'il en soit, l'initiative a finalement été rejetée le 24 novembre 2024.

L'Institut s'est également intéressé à la qualification juridique des boues d'hydroxydes au sens de la législation sur les déchets. Les boues d'hydroxydes résultent du traitement des résidus provenant de l'épuration des fumées des usines d'incinération des ordures ménagères (UIOM) et contiennent une proportion élevée de métaux qui peuvent devenir soit des ressources secondaires que l'on peut valoriser, soit des déchets qui polluent l'environnement. Le commanditaire de l'expertise est l'entreprise SwissZinc SA. Celle-ci a pour but la conception, la construction et l'exploitation d'une installation de récupération des métaux, en particulier du zinc, à partir des résidus de la combustion des ordures ménagères dans les UIOM. Dans une première étape de clarification préalable, le Secrétariat de la Commission de la concurrence (COMCO) a conclu que dans la mise en œuvre du projet tel qu'il est prévu,

il existe des indices de restrictions de la concurrence, ce qui est illégal. La COMCO a considéré que les boues d'hydroxydes dont le zinc doit être extrait constituent des déchets spéciaux qui doivent être considérés comme « autres déchets » au sens de l'art. 31c LPE. L'entreprise SwissZinc SA a chargé l'Institut du Fédéralisme de rédiger un avis de droit portant sur la question de savoir si les résidus des installations d'incinération des ordures ménagères représentent des « autres déchets » au sens de l'art. 31c LPE, ou si au contraire on doit les qualifier de « déchets urbains » au sens de l'article 31b LPE, dont l'élimination relève du monopole d'État en la matière. L'interprétation de l'art. 31b LPE a établi que les boues d'hydroxydes sont soumises au monopole cantonal d'élimination, dans la mesure où elles résultent de l'incinération des déchets urbains. Des installations de récupération des métaux à partir de boues d'hydroxydes sont donc couvertes par le monopole lorsque celles-ci traitent principalement des résidus provenant du traitement des déchets urbains.

A la demande de l'Office fédéral de la santé publique (OFSP), l'institut a examiné la question de la nécessité d'une base légale en cas de tri des patients et des patientes pour l'accès aux soins intensifs en cas de pénurie aiguë de ressources. L'accent a été mis sur l'existence d'une base de compétence au niveau constitutionnel qui puisse permettre cette réglementation au niveau fédéral. L'avis de droit conclut que l'État est tenu d'intervenir pour ce qui concerne la réglementation du tri des patients en médecine intensive. D'une part, le principe de légalité fait ressortir la nécessité d'un tri des patients reposant sur une base légale. D'autre part, il existe un risque important que les droits fondamentaux des personnes concernées soient violés dans une telle situation, un risque de discrimination et de désavantage systématique frappant tout particulièrement les personnes âgées, les personnes atteintes d'une maladie préexistante et les personnes handicapées dès lors qu'il s'agit d'accéder à des soins intensifs susceptibles de leur sauver la vie. Les critères d'attribution des traitements médicaux intensifs en cas de pénurie aiguë de ressources doivent donc être réglementés par la loi dans le respect des droits fondamentaux. Pour une réglementation au niveau fédéral, différentes bases de compétences sont envisageables en fonction de la forme concrète qui serait adoptée, notamment les articles 117a CF (soins médicaux de base), 118 al. 2 lit. b CF (lutte contre les maladies transmissibles) et 102 CF (approvisionnement du pays).

L'Institut a également rédigé deux avis de droit pour le compte du Contrôle parlementaire de l'administration (CPA) et du canton de Nidwald. Pour ce qui concerne le premier, l'Institut a rédigé à la fin de l'année un document de travail portant sur le contrôle parlementaire de la Surveillance des prix. Ce document s'inscrit dans un mandat plus large, qui a pour objet la clarification par voie d'expertise juridique du degré d'indépendance de la Surveillance des prix et, partant, de l'étendue du contrôle exercé par le département compétent ainsi que par le Parlement. De son côté, la mission confiée par le canton de Nidwald consistait à clarifier certains points de droit liés à la révision de la loi cantonale sur les corporations du 26 avril 1992 (181.1). Cette rectification a été rendue nécessaire par un arrêt du Tribunal fédéral qui, en 2018, a confirmé un arrêt du Tribunal administratif cantonal déclarant inconstitutionnelle la réglementation en vigueur du droit de cité corporatif. Dans le contexte de la révision législative en cours, la question de la procédure législative s'est notamment posée, tant il est vrai que la constitution cantonale consacre une disposition spéciale à la législation en matière de corporation.

3.2 Deuxièmes Journées Fribourgeoises du Fédéralisme

Les 2 et 3 septembre ont vu se dérouler la deuxième édition des Journées Fribourgeoises du Fédéralisme, une manifestation organisée par l'Institut du Fédéralisme (IFF) en collaboration avec la Conférence des gouvernements cantonaux (CdC), la Fondation ch pour la coopération confédérale et l'Administration fédérale des finances (AFF). Le thème d'actualité choisi cette année était le suivant : « Répartition des compétences et des tâches dans l'État fédéral – Les principes et leur application dans le domaine de la santé et des services sociaux ».

Entrée en vigueur en 2008, la RPT – une réforme sans précédent du fédéralisme suisse – n'a pas seulement renouvelé les bases de la péréquation fiscale fédérale, elle a également procédé à une nouvelle répartition des tâches entre la Confédération et les cantons, sans oublier d'ancrer dans la Constitution fédérale des principes aussi essentiels que la subsidiarité et l'équivalence fiscale. Plus de 15 ans après, la Confédération et les cantons s'efforcent à nouveau d'analyser leurs tâches communes pour mieux les démêler (projet « Désenchevêtrement 27 »). A l'heure actuelle, les discussions politiques, scientifiques et médiatiques tendent à se concentrer sur



Deuxièmes Journées Fribourgeoises du Fédéralisme

l'application des principes de la répartition des compétences et des tâches dans le domaine de la santé et des services sociaux. Les deuxièmes Journées Fribourgeoises du Fédéralisme ont donc été consacrées, dans une perspective interdisciplinaire, à des thèmes particulièrement pertinents.

Les Journées du Fédéralisme se sont ouvertes sur une table ronde consacrée aux principes de la répartition des compétences et des tâches dans la Confédération. Divers exposés ont d'abord permis de mieux comprendre, en suivant le point de vue de plusieurs disciplines scientifiques, le système de répartition des compétences et des tâches ainsi que les principes que le sous-tendent. Des contributions ultérieures ont permis de se pencher plus en détail sur la marge de manœuvre des cantons et des communes dans le domaine de la politique environnementale et sociale, mais également de la protection juridique lors de conflits de compétences.

La conférence inaugurale, prononcée par la conseillère fédérale Karin Keller-Sutter, a représenté un moment marquant de ces Journées du Fédéralisme. Selon ses propres termes, elle a débuté son allocution par une provocation: «Le plus grand ennemi du fédéralisme, ce sont les fédéralistes». Elle entendait ainsi critiquer tous ceux qui, à longueur de journée, encensent le fédéralisme, mais qui, dans leur exercice du pouvoir, n'hésitent jamais à confier de plus en plus de tâches à la Confédération. Elle visait également les cantons qui se plaignent de la diminution de leur autonomie mais qui, dans le même temps, renoncent volontiers à certaines compétences pour peu que la Confédération prenne en charge leurs coûts. Dans un discours aussi éloquent qu'instructif, elle a rappelé les défis auxquels le fédéralisme est soumis et elle a souligné l'importance d'une répartition claire des tâches pour des solutions efficaces et proches des citoyens. Elle a conclu sa présentation par un appel à utiliser les prémices du fédéralisme comme principes d'action au service de la politique quotidienne. Sa conférence terminée, Madame la conseillère fédérale a accepté de répondre aux questions du public.

Les thèmes abordés par la conseillère fédérale Karin Keller-Sutter ont été repris plus en détail lors d'une table ronde qui a clôturé la première journée. Sous la houlette du prof. Eva Maria Belser (IFF), Mmes et MM. Martin Bühler (conseiller d'État du canton des Grisons), Jacques Dubey (professeur de droit constitutionnel à

l'Université de Fribourg), Michael Hermann (directeur de Sotomo), Florence Nater (conseillère d'État du canton de Neuchâtel et présidente de la fondation ch) ainsi que Marie-France Roth Pasquier (conseillère nationale du canton de Fribourg), se sont penchés sur le fédéralisme et les défis qu'il doit actuellement relever.

La seconde journée a permis de mettre l'accent sur la répartition fédérale des tâches dans les services sociaux et de santé. Dans trois tables rondes différentes, des spécialistes ont discuté de thèmes aussi différents que la planification hospitalière (animée par le professeur Bernhard Waldmann [IFF]), la numérisation du système de santé (modérée par le professeur Andreas Stöckli [IFF]) et la sécurité sociale (animée par le professeur Basile Cardinaux [Université de Fribourg]). Les trois tables rondes ont été épaulées par des experts renommés représentant aussi bien la science que la pratique. Pour conclure la manifestation, il a paru intéressant d'aborder la réforme des tâches prévue par le projet «Désenchevêtrement 27». Après un exposé introductif de Thomas Minger (secrétaire général suppléant de la CdC) et sous la modération de Luis A. Maiorini (IFF), des conférenciers représentant diverses sensibilités du fédéralisme ont abordé la réforme prévue et les défis lancés par la répartition des tâches à l'État fédéral: Mme et M. Erich Fehr (maire de Bienne), Johanna Gapany (Conseillère aux Etats du canton de Fribourg), et Jean-Pierre Siggen (conseiller d'État du canton de Fribourg).

Le bilan que l'on peut dresser de cette deuxième édition des Journées Fribourgeoises du Fédéralisme s'avère extrêmement positif. Comme l'an passé, les participants peuvent se targuer d'avoir bénéficié de nombreuses conférences, de discussions stimulantes et de nouvelles connaissances. Les Journées du Fédéralisme ont également offert une excellente plate-forme de réseautage à tous les spécialistes du fédéralisme, dans la recherche comme dans la pratique, et à tous les passionnés de cette discipline. En 2025, il est prévu de publier les Actes de cette manifestation dans la collection PIFF de l'Institut du Fédéralisme. À l'avenir, les Journées du Fédéralisme devraient avoir lieu sur un rythme bisannuel. La prochaine édition se déroulera en automne 2026, d'autres informations suivront.

3.3 Conférence finale clôturant le projet du SNIS

«Le partage du pouvoir pour la paix? Entre acceptabilité et pérennité au Liban, en Syrie et en Irak»

Entre 2022 et 2024, le Centre International de Recherche et de Consultation de l'Institut du Fédéralisme (IRCC) a participé au projet intitulé «Le partage du pouvoir pour la paix» ("*Power-sharing for Peace*") et financé par le Swiss Network for International Studies (SNIS).

Le projet, dirigé par nos collègues de Swisspeace et réunissant des partenaires du Canada, du Liban et de l'Irak, s'est penché sur la question du partage du pouvoir ("*power-sharing*"), un accent tout particulier étant porté sur le Liban, l'Irak et la Syrie.

Le partage du pouvoir est devenu l'un des principaux instruments dont disposent les acteurs internationaux pour apaiser certains funestes conflits et préserver la démocratie au sein de sociétés profondément divisées. Dans ce projet, la notion de partage du pouvoir est comprise d'une part comme une coopération entre les élites au sein du gouvernement et d'autre part comme une décentralisation territoriale. En règle générale, d'après négociations et de délicats compromis sont nécessaires avant que les parties au conflit et les groupes d'intérêt concernés ne parviennent à un accord. Il n'est dès lors pas surprenant que l'adoption de tels accords représente une véritable gageure, comme l'a montré récemment le processus de paix en Syrie. En outre le partage du pouvoir, même s'il a été accepté, est loin d'être toujours pérenne et se retrouve souvent en difficulté. De la sorte, si certains pays comme le Liban ont pu être pacifiés, il n'a pas été possible de modifier le cadre politique de manière à ce que la coopération entre les élites fonctionne. L'Irak de son côté est un bon exemple du danger qui existe en cas de mise en œuvre très lacunaire du partage du pouvoir tel qu'il avait pourtant été convenu.

En procédant à une comparaison entre trois pays du Proche et du Moyen-Orient – la Syrie, le Liban et l'Irak – le projet a examiné l'acceptabilité et la pérennité des accords qui répartissent le pouvoir entre différents acteurs, en se focalisant sur deux grandes questions:

A quelles conditions des accords de partage du pouvoir sont-ils conclus?

Quels sont les problèmes de mise en œuvre des accords qui peuvent entraver le bon fonctionnement de la gouvernance et, dès lors, l'instauration d'une paix durable?

La conférence finale clôturant ce projet a eu lieu le 23 août 2024 à l'Université de Fribourg, dans le contexte de la *Summer University*

2024. Dans une première table ronde, l'équipe internationale de recherche a présenté les principaux enseignements concluant deux années de travaux. Il a ainsi été démontré que le partage du pouvoir n'était envisageable qu'avec le soutien des élites locales, des acteurs internationaux et de divers représentants de ces derniers. Alors que, tant au Liban qu'en Irak, un accord existait entre protagonistes, les chercheurs ont démontré qu'une

telle entente n'avait jusqu'alors pas été possible en Syrie, parce que les élites locales, tout comme les acteurs internationaux, poursuivaient des objectifs diamétralement opposés. Dans une deuxième phase, les participants au projet ont pu déterminer, grâce aux trois pays étudiés, les raisons pour lesquelles la mise en œuvre du partage du pouvoir se révèle si exigeante et pourquoi elle entraîne toujours à la fois de la stagnation et des crises gouvernementales. De la sorte, ils ont pu élaborer une première classification des accords prévoyant un partage du pouvoir, qui se base pour l'essentiel sur les aspects qui ont été convenus mais qui, par la suite, n'ont pas été mis en œuvre, pas complètement ou pas dans le sens conventionnellement prévu. Dans une troisième et dernière phase, l'équipe de recherche a pu démontrer à quel point les acteurs de la société civile sont divisés lorsqu'il est question de partage du pouvoir, et à quel point, dans les pays concernés, les connaissances demeurent lacunaires quant au partage du pouvoir tel qu'il a été convenu et à sa mise en œuvre. Dans ces trois pays, le partage du pouvoir est assimilé à la stagnation, à la sécession et à la prévarication des élites, ce qui génère des préjugés très négatifs. A titre d'exemple, les représentants syriens de la société civile ont unanimement fait savoir qu'ils ne voulaient pas vivre la même situation qu'au Liban ou en Irak.

Lors d'une seconde table ronde, plusieurs représentants des pays étudiés ont passé en revue les résultats de l'étude avec des experts en médiation, principalement pour déterminer comment il serait possible de parvenir à davantage d'accords de paix et quel rôle le partage du pouvoir pourrait jouer dans ce processus. Un autre thème a cependant été abordé : de quelle manière, en Irak et au Liban, les systèmes pourraient-ils être réformés et adaptés pour contribuer à la bonne gouvernance, à la démocratisation et à l'amélioration des conditions de vie des populations locales. Les participants à la table ronde se sont montrés unanimes pour affirmer que le partage du pouvoir pouvait contribuer à la paix, mais qu'il fallait redoubler d'efforts pour éviter le danger représenté par la cartellisation des élites. Les premiers résultats du projet peuvent être consultés dans le rapport Swisspeace suivant :

Allison McCulloch, et.al: Power-Sharing for Peace? Between Adoptability and Durability in Lebanon, Syria, and Iraq, Swisspeace Working Paper 3/2024, voir: <https://www.swisspeace.ch/assets/publications/Working-Papers/2024/Allison-McCulloch-Working>



La Conférence du SNIS (Swiss Network for International Studies)

4. ORGANISATION

4.1 Développements internes

En début d'année, Monsieur Roland Mayer, représentant de la Fondation ch au sein du Conseil a été reconduit pour une nouvelle période de 4 années par l'instance de conduite de la fondation et Monsieur Peter Mischler, membre coopté, a été réélu pour une même durée lors de la séance du Conseil du mois de mars.

2024 est marquée par une séance extraordinaire du Conseil de l'institut qui s'est réunie par visio-conférence le 8 mai. La raison en est la motion sur le financement d'un centre de compétence sur le fédéralisme dont une loi est en consultation auprès des cantons jusqu'à la mi-juillet. L'organe stratégique de l'institut et la Fondation ch ont soutenu les cantons dans cette démarche avec la mise à disposition de lettres-types de réponse au Conseil fédéral.

Les deux séances ordinaires du conseil se sont déroulées comme habituellement, en mars dans les locaux de l'institut et en novembre par visio-conférence.

En raison d'une modification du cahier des charges limitant le service du domaine international à la seule période de la Summer University, deux civilistes seulement sont venus soutenir les activités de l'institut en 2024 pour un total de quatre mois. Le civiliste engagé pour le centre de documentation des cantons a pu finaliser l'état des lieux. Ceci permettra une revalorisation des anciens documents du fonds, certains datant de 1715.

Les 40 ans de l'institut ont été fêtés sous la forme d'une visite à l'Institut du Fédéralisme d'Autriche à Innsbruck du 28 au 30 juin. Le personnel des trois chaires s'est joint aux collaboratrices et collaborateurs de l'Institut pour contribuer à un échange scientifique avec l'équipe autrichienne, partager une intéressante visite du Landhaus, l'office du gouvernement régional du Tyrol, et vivre une captivante visite guidée de la ville sous un soleil généreux.

Considérant la fin du financement du DFAE, respectivement le traitement non encore finalisé de la motion, les locaux supplémentaires prévus dans le bâtiment ont été laissés à disposition de l'Université. Dans ce contexte, une légère baisse du pourcentage dans les services centraux a pu se réaliser.

L'apprenti de commerce en 3^{ème} année a brillamment obtenu son CFC avant l'été et laissé la place en début d'automne à une nouvelle apprentie aussi en 3^{ème} année de formation. La fraîcheur de la

jeunesse s'est ainsi poursuivie avec un soutien apprécié en particulier pour différentes tâches dans la comptabilité.



L'excursion à Innsbruck marquant le quarantième anniversaire de l'Institut

4.2 Conseil de l'Institut

À la fin de l'année 2024, le Conseil de l'Institut est composé des personnalités suivantes :

Présidence

Florence NATER, Conseillère d'Etat et Cheffe du Département de l'emploi et de la cohésion sociale, Canton de Neuchâtel, représentante de la Fondation ch pour la collaboration confédérale (membre depuis 07.2022)

Vice-présidence

Sylvie BONVIN-SANSONNENS, Conseillère d'Etat (du Canton de Fribourg) et Cheffe de la Direction de la formation et des affaires culturelles (DFAC) (membre depuis 11.2022)

Représentant de la Fondation ch

Roland MAYER, Secrétaire général de la Conférence des gouvernements cantonaux CdC (membre depuis 01.2019)

Markus DIETH, Conseiller d'Etat, Président de la Conférence des gouvernements cantonaux CdC, Chef du Département des finances et des ressources du Canton d'Argovie (membre depuis 01.2023)

Représentant-e-s de l'Université de Fribourg

Martin BEYELER, Professeur de droit public (membre depuis 10.2020)

Clémence GRISEL RAPIN, Professeure de droit administratif (membre depuis 06.2020)

Hubert STÖCKLI, Professeur de droit privé (membre depuis 04.2024)

Flaminia DAHINDEN, Assistante diplômée, Institut de droit européen, Représentante du corps intermédiaire de la faculté de droit (membre depuis 03.2023)

Simon WERTHMÜLLER, Délégué des étudiant-e-s, Faculté de droit (membre depuis 10.2024)

Autres membres

Christoph AUER, Chancelier du Canton de Berne, (membre depuis 12.2017)

Horst SCHÄDLER, Secrétaire du gouvernement, Représentant de la Principauté de Liechtenstein (membre depuis 11.2022)

Peter MISCHLER, Secrétaire général, Conférence des directrices et directeurs cantonaux des finances (membre depuis 12.2015)

Christian RATHGEB, Avocat, Rathgeb Advokatur (membre depuis 01.2021)

4.3 Collaboratrices et collaborateurs

Direction



Eva Maria BELSER, Prof. Dr. iur.
Co-Directrice
Professeure de droit constitutionnel
et administratif
evamaria.belser@unifr.ch



Bernhard WALDMANN, Prof. Dr. iur.
Co-Directeur
Professeur de droit constitutionnel
et administratif
bernhard.waldmann@unifr.ch



Andreas STÖCKLI, Prof. Dr. iur.
Membre de la Direction
Professeur de droit constitutionnel
et administratif
andreas.stoeckli@unifr.ch



Yvonne HEITER-STEINER
Collaboratrice administrative (40%)
yvonne.heiter-steiner@unifr.ch



Sébastien LUO
Collaborateur administratif (30%)
sebastien.luo@unifr.ch



Tamara PHILIPONA
Collaboratrice administrative (10%)
tamara.philipona@unifr.ch



Lydia STURNY
Collaboratrice administrative (20%)
lydia.sturny@unifr.ch

Centre national

Bernhard WALDMANN, Prof. Dr. iur.

Andreas STÖCKLI, Prof. Dr. iur.



Marlène COLLETTE, Dr. iur., RA
Directrice académique (80%)
marlene.collette@unifr.ch



Patrick BOSSY, MLaw, RA
Collaborateur scientifique (90%)
patrick.bossy@unifr.ch



Michael HEDIGER
Collaborateur scientifique (90%)
michael.hediger@unifr.ch



Elisabeth JOLLER, Dr. iur., RA
Directrice académique (80%)
elisabeth.joller@unifr.ch



Luis A. MAIORINI, MLaw
Doctorant FNS
luis.maiorini@unifr.ch

Jan BÜRGY, BLaw
Sous-assistant
jan.buergy@unifr.ch

Centre international

Eva Maria BELSER, Prof. Dr. iur.



Sören KEIL, PhD, MA, PG CHE
Collaborateur scientifique (20%)
soeren.keil@unifr.ch



Rekha OLESCHAK-PILLAI, Dr. iur.
Collaboratrice scientifique (60%)
rekha.oleschak@unifr.ch



Véréna RICHARDIER, Dr.
Collaboratrice scientifique (80%)
verena.richardier@unifr.ch



Edina SZÖCSIK, Dr.
Collaboratrice scientifique (70%)
edina.szoecsik@unifr.ch

Bibliothèque



Eléonore REMONDEULAZ-CRAUSAZ
Bibliothécaire (35%)
eleonore.remondeulaz-crausaz@unifr.ch



Marion COTTING
Bibliothécaire (20%)
marion.cotting@unifr.ch

Services Centraux



Jean-Pierre BLICKLE
Responsable administratif (50%)
jean-pierre.blickle@unifr.ch



Michael EGGER
Collaborateur administratif (50%)
michael.egger@unifr.ch

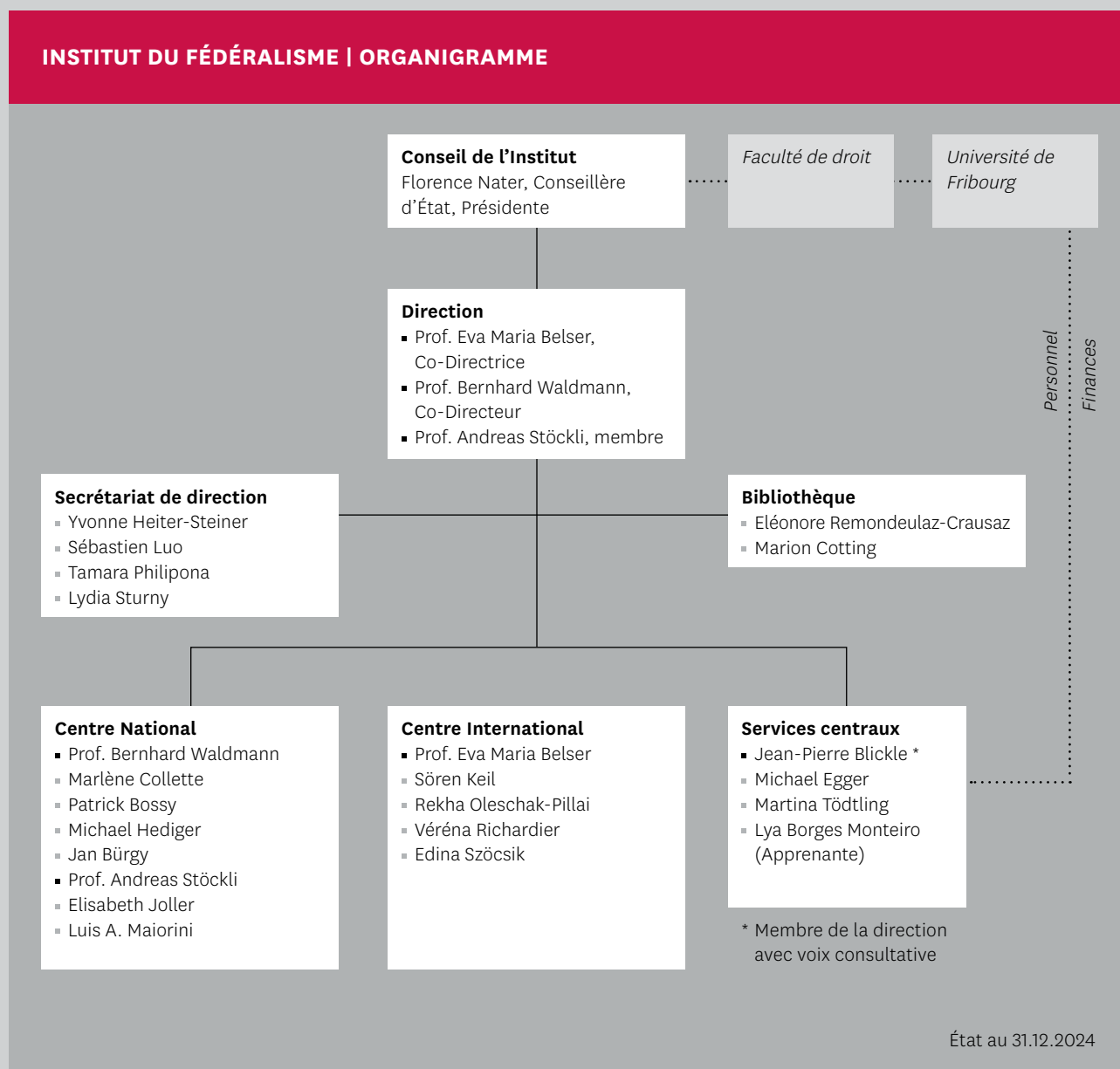


Martina TÖDTLING, MA
Collaboratrice administrative (40%)
martina.toedtling@unifr.ch



Lya BORGES MONTEIRO
Apprenante (depuis 1.8.2024)
lya.borgesmonteiro@unifr.ch

4.4 Organigramme



5. LES DIFFÉRENTS DOMAINES D'ACTIVITÉ

5.1 Recherche et publications

EVA MARIA BELSER

- Constitutional Reform – Jurisdiction Report – Switzerland, in: Luís Roberto Barroso and Richard Albert (Hrsg.), The 2023 International Review of Constitutional Reform, Texas 2024, 351–356, disponible sur: https://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=4971295 (avec Simon Mazidi).
- Constitutionalising Animal Welfare in Switzerland – Two Initiatives, Two Dynamics, Two Outcomes?, Voices from the Field, International IDEA, 5 July 2024, disponible sur: <https://constitutionnet.org/news/voices/constitutionalising-animal-welfare-switzerland-two-initiatives> (avec Simon Mazidi).
- The Fiscal Equivalence Trap – Don't Decide, Don't Pay, How a Principle of Fiscal Federalism Motivates State Inaction, Dans: Cuadernos Manuel Giménez Abad, Special Issue 9, 185–203 (avec Géraldine Cattilaz).
- Le contrat social du Rojava aus prisme des systèmes fédéraux: Une expérience révolutionnaire aux contours flous, Dans: Couveinhos Matsumoto/Clarenc Bicudo (Hrsg.), Le Rojava démocratique et le droit, Paris 2024, Chapitre 11, 347–372 (avec Lara Torbay).
- Why the World Did Not Come Together, The Failures of the “Committee to Frame A World Constitution”, in: Peter Bußjäger/Mathias Eller/Julia Oberdanner (édit.), The Making and Ending of Federalism, Studies in Territorial and Cultural Diversity Governance, Leiden/Boston 2024, Chapitre 1, 9–42 (avec Salome Hunkeler).
- Engagement of Swiss Courts with International Law, Looking at the Swiss Federal Supreme Court and its Ways of Dealing with Conflicts between Domestic Law and International Human Rights Guarantees, Dans: André Nollkaemper/Yuval Shany/Antonios Tzanakopoulos/Eleni Methymaki (édit.), The Engagement of Domestic Courts with International Law: Comparative Perspectives, Oxford 2024, 271–290 (avec Rekha Oleschak).
- Das Greening der Menschenrechte, Entretien avec Tobias Herbst, Die Zeitschrift für Gewässerschutz, aqua viva 3 / 2024, 34–37.
- Democracy. Promises, Premises and Prospects, Dans: Nico Steytler (édit.), Montfleur Conversations on Constitutionalism, Cape Town 2024, Chapitre 1.
- Human Rights. Dans: Nico Steytler (édit.), Montfleur Conversations on Constitutionalism, Cape Town 2024, Comment to Chapter 5 by Octávio Ferraz.

- Federalism and Democracy, in: Nico Steytler (édit.), Montfleur Conversations on Constitutionalism, Cape Town 2024, Comment to Chapter 7 by Patricia Popelier.
- Fireside Story, in: Nico Steytler (édit.), Montfleur Conversations on Constitutionalism, Cape Town 2024, Chapitre 10.
- Greta Klotz, Interkommunale Kooperation im Alpenraum, Die lokalen Dienstleistungen in Graubünden, Südtirol und Tirol; Thèse de doctorat (Supervision Eva Maria Belser et Silvia Bolgherini).
- Petru Emanuel Zlătescu, Die evolutive Auslegung der EMRK: Living instrument im Zeitalter der Subsidiarität; Thèse de doctorat (Supervision Eva Maria Belser).

PATRICK BOSSY

- (Kein) «Terroir» im Vollzugsföderalismus? Eine Anmerkung im Nachgang zum Urteil des BVerG B-4173/2022 du 11 janvier 2024, Dans: Newsletter IFF 4/2024
- «Lobbyierende Kantone»: Critique de livre sur la thèse de Rahel Freiburghaus, Dans: Newsletter IFF 4/2024
- Décisions judiciaires de l'année 2023 ayant une incidence sur le fédéralisme (avec Marlène Collette)
- Littérature sur le fédéralisme suisse en 2023 (avec Marlène Collette et Gabriel Chocomeli)

MARLÈNE COLLETTE

- Kommentar zum Urteil des BVerG 2C_694/2022 du 21 décembre 2023, Dans: Newsletter IFF 2/2024.
- Digitale Transformation und Föderalismus: Eine kurze Bestandsaufnahme und Denkanstöße, Dans: Newsletter IFF 4/2024.

JOHANNA JEAN-PETIT-MATILE

- Gerichtliche Kontrolle von Notrecht, Effektiver Rechtsschutz bei der Krisenbewältigung, Dans: Jusletter du 27 mai 2024.

ELISABETH JOLLER

- Das Verbot der Geschlechtsdiskriminierung als Verbot der sexuellen Diskriminierung, Eine Studie über Art. 8 Abs. 2 und 3 der schweizerischen Bundesverfassung, Thèse de doctorat. Fribourg 2024, Berne 2024

SÖREN KEIL

- Power-sharing in the Global South – Patterns, Practices and Potentials, Palgrave MacMillan, Éditeur Eduardo Aboultaif, Sören Keil et Allison McCulloch

■ Introduction: Power-sharing in the Global South, in: Power-sharing in the Global South – Patterns, Practices and Potentials, Palgrave MacMillan, Éditeur Eduardo Aboultaif, Sören Keil et Allison McCulloch p. 1–16. (avec Eduardo Aboultaif)

■ Getting to a Power-Sharing Agreement: Insights for International Mediators on Adoptability from Lebanon, Syria, and Iraq, 50 Shades of Federalism, October 2024, available at: <https://50shadesoffederalism.com/federalism-conflict/getting-to-a-power-sharing-agreement-insights-for-international-mediators-on-adoptability-from-lebanon-syria-and-iraq/> (avec Allison McCulloch; Eduardo Aboultaif; Clara Pergola; Sahar Ammar).

■ Power-Sharing for Peace? Between Adoptability and Durability in Lebanon, Syria, and Iraq, Swisspeace Working Paper 3/2024, available at: <https://www.swisspeace.ch/assets/publications/Working-Papers/2024/Allison-McCulloch-WorkingPaper-3-2024.pdf> (avec Allison McCulloch, Sibel Gürler, Sahar Ammar, Eduardo Wassim Aboultaif, Clara Pergola, Jibril Kallas et Manar Zaiter)

■ Federalism and Power-Sharing as Modes of Diversity Management in Europe. Dans: Cooperative Federalism in South Asia and Europe Routledge India. (p. 171–187).

LUIS A. MAIORINI

■ Stärkung des Parlaments in Krisenzeiten, Würdigung der ParlG-Revision nach der Covid-19-Krise, Dans: Jusletter du 10 juin 2024

■ Intergouvernementale Beziehungen in föderalen Systemen, Die Rolle von Regierungskonferenzen im schweizerischen Föderalismus (Co-éditeur avec Andreas Stöckli), Berne 2024

■ Préambule, Dans: Stöckli/Maiorini (édit.), Intergouvernementale Beziehungen in föderalen Systemen, Die Rolle von Regierungskonferenzen im schweizerischen Föderalismus, Berne 2024, p. 1–5 (avec Andreas Stöckli)

■ Conclusion, Dans: Stöckli/Maiorini (édit.), Intergouvernementale Beziehungen in föderalen Systemen, Die Rolle von Regierungskonferenzen im schweizerischen Föderalismus, Berne 2024, p. 155–162 (avec Andreas Stöckli)

REKHA OLESCHAK-PILLAI

■ Engagement of Swiss Courts with International Law, Looking at the Swiss Federal Supreme Court and its Ways of Dealing with Conflicts between Domestic Law and International Human

Rights Guarantees, Dans: André Nollkaemper/Yuval Shany/Antonios Tzanakopoulos/Eleni Methymaki (édit.), The Engagement of Domestic Courts with International Law: Comparative Perspectives, Oxford 2024, 271–290 (avec Eva Maria Belser)

■ Engagement of Swiss Courts with International Law, Blog NUS Law, 2024: <https://blog.nus.edu.sg/lawresearch/2024/10/07/engagement-of-swiss-courts-with-international-law/>

■ Überlebenskampf einer Demokratie, universitas magazine 02/2024

■ “The Southern Challenge”: Contestatory Federalism in India, 50 Shades of Federalism, <http://50shadesoffederalism.com/case-studies/1640/>

STEFANIE RUSCH

■ Kantonale Notrechtssysteme, Eine vergleichende Übersicht des intrakonstitutionellen Notrechts in den Kantonen, Dans: Jusletter du 3 juin 2024 (avec Bernhard Waldmann).

ANDREAS STÖCKLI

■ Verwaltung und politische Gestaltung – aus schweizerischer Perspektive, Deutsches Verwaltungsblatt (DVBl), 17/2024, p. 1060–1064.

■ Sonderregime für Anlagen zur Stromproduktion aus erneuerbaren Energien: Eine Zwischenwürdigung der dynamischen Rechtsentwicklung, URP 4/2024, p. 335–337.

■ Die SRG in den sozialen Medien, Discussion du BGE 149 I 2, ZSR 2024 I, p. 167–180.

■ Die Glaubens- und Gewissensfreiheit im Lauf der Zeit – Über Entwicklungen und Tendenzen, Dans: René Pahud de Mortanges/Lorenz Engi (édit.), Von Freiheitsgewährung und Exklusion, Der Schutz der Religionsfreiheit seit der Bundesverfassung von 1848, Zurich/Genève 2024, p. 1–35.

■ Kommentierung der Art. 33–35, 40, 54, 55, 67 DSG (avec Christoph Grüninger) et Art. 1 BGÖ (avec Gabor Blechta et Christoph Grüninger), Dans: Gabor Blechta/David Vasella (édit.), Basler Kommentar zum Datenschutzgesetz und Öffentlichkeitsgesetz, Basel 2024, p. 681–701, 744–748, 905–910, 1045–1046, 1091–1099.

■ Andreas Stöckli/Luis A. Maiorini (édit.), Intergouvernementale Beziehungen in föderalen Systemen, Die Rolle von Regierungskonferenzen im schweizerischen Föderalismus, Berne 2024, 165 pages.

- Einleitung und Schlussbetrachtung, Dans: Andreas Stöckli/Luis A. Maiorini (édit.), Intergouvernementale Beziehungen in föderalen Systemen, Die Rolle von Regierungskonferenzen im schweizerischen Föderalismus, Berne 2024, p. 1–5, 155–162 (avec Luis A. Maiorini).
- Die aktuelle Praxis im Staats- und Verwaltungsrecht, Plädoyer 2/2024, p. 46–52 (avec Sabine Cotting).
- Rechtsprechung des Bundesgerichts, des Bundesverwaltungsgerichts und der kantonalen Gerichte zum Verwaltungsorganisationsrecht, zum Staatshaftungsrecht und zum öffentlichen Dienstrecht von Mitte 2022 bis Mitte 2023, Dans: Jahrbuch 2022/2023 der Schweizerischen Vereinigung für Verwaltungsorganisationsrecht, Berne 2024, p. 1–88 (avec Gian Manuel Weber).
- Ausgewählte Entwicklungen im Regierungs- und Verwaltungsorganisationsrecht der Kantone von Mitte 2022 bis Mitte 2023, Dans: Jahrbuch 2022/2023 der Schweizerischen Vereinigung für Verwaltungsorganisationsrecht, Berne 2024, p. 143–177 (avec Christina Schuhmacher et Max Ammann).
- Rechtsprechung zur Baubewilligung, Dans: Baurecht 5/2024, p. 229–233.
- Rechtsprechung zur Baubewilligung, Dans: Baurecht 2/2024, p. 63–66.

EDINA SZÖCSIK

- The Framing Territorial Demands (FraTerr) dataset: A novel approach to conceptualizing and measuring regionalist actors' territorial strategies" (Anwen Elias, Linda Basile, Núria Franco-Guilén et **Edina Szöcsik**): disponible sur: <https://www.tandfonline.com/journals/frfs20/collections/best-paper-prize-regional-federal-studies> (**récompensé par le prix du meilleur article de la revue Regional and Federal Studies**)

BERNHARD WALDMANN

- Intergouvernementale Beziehungen im schweizerischen Bundesstaat, Eine Skizzierung aus rechtlicher Perspektive, Dans: Stöckli/Maiorini (édit.), Intergouvernementale Beziehungen in föderalen Systemen, Die Rolle von Regierungskonferenzen im schweizerischen Föderalismus, Berne 2024, p. 29–53.
- Kantonale Notrechtssysteme, Eine vergleichende Übersicht des intrakonstitutionellen Notrechts in den Kantonen, Dans: Jusletter du 3 juin 2024 (avec Stefanie Rusch).
- Von (dicken) Mänteln in der Gesetzgebung, Dans: BR/DC 2024, p. 154.

- Rechtsprechung zum Raumplanungsrecht, Dans: BR/DC 2024, p. 55–62, 222–229 (avec Tamara Wanner).
- Critique: Georg Müller/Felix Uhlmann/Stefan Höfler: Elemente einer Rechtssetzungslehre, 4e édition, Zurich/Genève 2024, Dans: LeGes 35 (2024) 2.
- Critique: Florian Bergamin: Die Stadt im Bundesstaat, Eine rechtswissenschaftliche Einordnung der Städte und Gemeinden in der Schweiz, Thèse de doctorat, Fribourg, Berne 2024, Dans: IFF Newsletter 3/2024.

5.2 Expertises

Validité de l'initiative populaire cantonale «Isleten für alle», Avis de droit à l'attention de la direction de la justice du canton d'Uri (**Bernhard Waldmann** avec **Patrick Bossy Delgado**).

Réponse à la consultation sur le projet de révision partielle de la loi sur les épidémies (LEp) (**Eva Maria Belser** et **Bernhard Waldmann**)

Colloque et document de discussion sur la proposition «Stärkung der Krisensicherheit des politischen Systems» du canton de Glaris, 16 avril 2024 (**Bernhard Waldmann**, **Johanna Jean-Petit-Matile** et **Stefanie Rusch**)

Membre de la Commission fédérale de l'électricité (ElCom) et président du comité Droit de la commission (**Andreas Stöckli**)

Avis juridique concernant «Abfallrechtliche Qualifizierung von Hydroxidschlämmen» à l'attention de SwissZinc AG, juin 2024, 40 pages (**Elisabeth Joller** et **Andreas Stöckli**)

Avis juridique concernant «Postulat 23.3496 Graf Maya: Rechtsgrundlage und Diskriminierungsschutz bei Triage-Entscheidungen beim Zugang zu intensivmedizinischen Behandlungen» à l'attention de l'Office fédéral de la santé publique OFSP, décembre 2024, 80 pages (**Elisabeth Joller** et **Andreas Stöckli**)

Avis juridique concernant «Entwurf eines Gesetzes über die Organisation und Aufsicht der Korporationen (Korporationsaufsichtsgesetz, KAG) des Kantons Nidwalden: Prüfung der Verfassungskonformität» l'attention du canton de Nidwald, décembre 2024, 87 pages (**Elisabeth Joller**, **Andreas Stöckli** et **Luis A. Maiorini**)

Document de travail sur la haute surveillance parlementaire sur la surveillance des prix à l'attention du Contrôle parlementaire de l'administration (CPA), décembre 2024 (**Elisabeth Joller**)

Comparative Land Governance in Federal Countries: (**Rekha Oleschak-Pillai, Delilah von Streng, Arianna Guidolin et Daan Smeekens**) (funded by SDC)

5.3 Study Tours

27.–31.05. Kosovo	Study Trip au Kosovo avec une délégation d'opposants syriens et de journalistes sur le thème «Decentralisation and Minority Rights» (Sören Keil)
12.–17.06. Fribourg	«Contrôler les finances publiques en Suisse» – 5 inspecteurs de l'Inspection générale des finances de la République démocratique du Congo (Véréna Richardier)
02.–06.09. Fribourg	Mission d'étude d'une délégation de la National Dialogue Commission, Ethiopia, composée de 5 commissaires et d'une Deputy Resident Representative du UNDP Ethiopia Country Office, sur le thème de la gestion de la diversité en Suisse (Rekha Oleschak)
04.09. Fribourg	«Judicial Review in Switzerland»- presentation to the Ethiopian National Dialogue Commission (Rekha Oleschak)
05.09. Berne	«Introduction to Swiss Federalism», Consular Directorate (CD) event with the Consular Corps, Federal Department of Foreign Affairs (Rekha Oleschak)
14.–18.10. Fribourg	«Les enjeux de la décentralisation» – 7 participants à l'Assemblée générale du Congo central et au Secrétariat général de la décentralisation (Véréna Richardier)
05.–09.11. Fribourg	Study Mission d'une délégation philippine, composée d'une quarantaine de vice-gouverneurs de provinces philippines, sur le thème du fédéralisme en Suisse pour The Development Academy of the Philippines (Nicolas Schmitt)
13.11. Fribourg	Mission de cadrage d'une délégation du Cyprus Dialogue Forum on Federalism, composée de 4 personnes (Rekha Oleschak)
13.11. Fribourg	«Federalism and Conflict Resolution» presentation to a delegation from the Secretariat of the Cyprus Dialogue Forum (Rekha Oleschak)

5.4 Formation continue

Centre International de Formation Europeene – Contributions au programme de master dans le module «Fédéralisme» et dans le module «Résolution des conflits» Nice, Tunis et Berlin, janvier-mars 2024 (**Sören Keil**)

Academic Legal Writing: Basics and Innovations, Workshop at the Department of Law Central University of Kerala, du 17–19 janvier (**Rekha Oleschak**)

Intergovernmental Fiscal Federalism Technical Committee, Formation sur le fédéralisme fiscal en Somalie 24–28 février à Nairobi, Kenya (**Sören Keil** und Mark Schelker)

Atelier, «Epidemiengesetz 2.0: Anpassungen für eine Post-Covid-Ära», Fribourg, 26 janvier 2024 (**Johanna Jean-Petit-Matile, Eva Maria Belser, Andreas Stöckli, Bernhard Waldmann, Luis A. Maiorini et Stefanie Rusch**)

Inhouse-Seminar «La Loi sur les Épidémies (1800–1921): Histoire d’une centralisation sanitaire» avec Séveric Yersin, Fribourg 22 février 2024 (**Johanna Jean-Petit-Matile, Eva Maria Belser, Andreas Stöckli, Bernhard Waldmann, Luis A. Maiorini et Stefanie Rusch**)

Spring University Myanmar, Mars à juillet 2024, en ligne (**Team IRCC, Rekha Oleschak**)

Cours pour stagiaires de Suisse centrale, séminaire sur les procédures administratives, 7–8 mars 2024, Cham (**Bernhard Waldmann**)

Murtner Gesetzgebungsseminar, Grundlagenseminar I: Rechtsetzungsmethodik, en collaboration avec le Zentrum für Rechtssetzungslehre de l’Université de Zurich, 13–15 mars 2024, Morat (**Bernhard Waldmann**)

16^e Journée scientifique de l’Association suisse du droit de l’organisation administrative sur le thème «Aktuelle Fragen im öffentlichen Personalrecht: Fachkräftemangel – Flexibilisierung der Arbeitsbedingungen – Digitalisierung – Datenschutz», 22 Mars 2024, Casino Berne (**Andreas Stöckli** avec Ursula Marti et Natascia Nussberger).

Spring University Myanmar, diverses contributions, en ligne, avril-juin 2024 (**Sören Keil, Daan Smeekens, Véréna Richardier, Rekha Oleschak et Edina Szöcsik**)

Séminaire de droit public pour les membres (nouvellement élus) des gouvernements cantonaux, 24 juin 2024 (**Bernhard Waldmann** avec **Eva Maria Belser** et **Andreas Stöckli**)

Séminaire de droit public pour les membres (nouvellement élus) des gouvernements cantonaux, 24 juin 2024, Université de Fribourg (**Andreas Stöckli, Eva Maria Belser** et **Bernhard Waldmann**)

Deux conférences sur la théorie du fédéralisme et le fédéralisme au Myanmar, Federalism Leadership Programme (FLP), organisé par la Hanns-Seidel-Stiftung, en ligne, 12–13 juillet 2024 (**Sören Keil**)

Intergovernmental Fiscal Federalism Technical Committee, Working Paper Discussions sur le fédéralisme fiscal en Somalie, 3–9 août 2024 à Kengali, Rwanda (**Sören Keil**)

2^e Journées fribourgeoises du fédéralisme sur le thème «Kompetenz- und Aufgabenteilung im Bundesstaat – Grundsätze und deren Anwendung im Gesundheits- und Sozialwesen», 2 et 3 septembre 2024, Université de Fribourg (**Andreas Stöckli, Eva Maria Belser** et **Bernhard Waldmann**).

Murtner Gesetzgebungsseminar, Grundlagenseminar II: Erlassredaktion, en collaboration avec la Chancellerie fédérale et l’Office fédéral de la justice, 6–8 novembre 2024, Morat (**Bernhard Waldmann**)

9^e Forum du droit administratif, Droit public de l’indemnisation, 14 novembre 2024, Berne (**Bernhard Waldmann**, avec Isabelle Häner)

«Science Webtoon – les langues en Suisse» Présentation d’une bande dessinée sur le plurilinguisme suisse, issue d’un article écrit par Eva Maria Belser et Simon Mazidi, atelier lors de la Conférence des Parlements des Jeunes, 26 octobre 2024, Lausanne (**Véréna Richardier**)

Summer University on Decentralisation and Conflict Resolution, 12–30 août 2024, Fribourg (**Eva Maria Belser, Sören Keil, Daan Smeekens, Véréna Richardier, Rekha Oleschak**)

Conférence anniversaire de la 30^e Summer University, 22–23 août 2024, «Is Federalism still a viable tool in times of crisis?» (**Véréna Richardier** et **IRCC Team**)

«Introduction to the Swiss Constitutional and Public Law», Cours donné en anglais dans le cadre du cours bloc Introduction to Swiss Law, 24 octobre 2024, Université de Fribourg (**Marlène Collette**)

5.5 Exposés et conférences

26.01. Fribourg	«Epidemiengesetz 2.0: Anpassungen für eine Post-Covid-Ära – Bemerkungen zum Vernehmlassungsentwurf zur Teilrevision des Epidemiengesetzes aus rechtswissenschaftlicher Sicht», Conférence et table ronde, manifestation organisée par l'Institut du fédéralisme en partenariat avec le Fonds national suisse (FNS), l'OFSP, la CDS et la CdC dans le cadre du PNR 80 «Covid-19 in Society» (Bernhard Waldmann)
26.01. Fribourg	Animation d'un panel de discussion lors de la manifestation de l'Institut du Fédéralisme sur le thème «Epidemiengesetz 2.0: Anpassungen für eine Post-Covid-Ära» (Andreas Stöckli)
26.01. Fribourg	«Auswirkung der WEKO-Entscheide – eine Evaluation ex post, Sektoranalyse: Submissionen», Exposé lors du 16 ^e colloque sur le droit de la concurrence de l'Institut de droit et d'économie de l'Université de Fribourg (Andreas Stöckli)
29.01. Berne	Audition dans la commission de sécurité du Grand Conseil du canton de Berne sur le projet de loi concernant l'externalisation de l'Office de la circulation routière et de la navigation (OCRN) (Andreas Stöckli)
08. – 09.02. Saint-Gall	«Ex-post legislative oversight of Covid-19 crisis governance: The comeback of legislatures after the pandemic?», Exposé au congrès annuel de l'Association suisse des sciences politiques (Edina Szöcsik)
08.02. Londres (UK)	«Why the World Did Not Come Together, The Failures of the 'Committee to Frame A World Constitution'», Vortrag am Center for Transnational Legal Studies, Transnational Law Colloquium (Colloque sur le droit transnational) (Eva Maria Belser)
18. – 19.02. Nice (F)	Participation et co-organisation de l'atelier «Can Federalism Answer the Big Questions of the 21st Century» en collaboration avec le Centre international de formation européenne (CIFE) (Sören Keil)
05.03 Lucerne	«Notrecht: Notwendiges Übel oder Gefahr für den Rechtsstaat?», Conférence devant l'association des juristes du canton de Lucerne (Bernhard Waldmann)
07.03. – 08.03. Cham	«Verwaltungstätigkeit und Verwaltungsverfahren», «Wiedererwägung und Revision», Conférences au séminaire sur les procédures administratives dans le cadre des cours pour stagiaires de Suisse centrale (Bernhard Waldmann)
07.03. Weggis	Participation à la conférence de recherche FNS NRP 80 Corona dans le cadre du projet FNS NRP 80 «Covid-19 in der Gesellschaft» (Luis A. Maiorini, Johanna Jean-Petit-Matile et Stefanie Rusch)
11. – 13.03. Como (I)	Participation à la conférence sur le Myanmar de la Konrad-Adenauer-Stiftung, avec un exposé sur les discussions relatives au fédéralisme au Myanmar (Sören Keil)
11.03. Fribourg	«Abkommen mit der EU: Braucht es das Ständemehr?», Exposé d'introduction à la réunion du conseil de l'Institut du fédéralisme (Andreas Stöckli)
13.03. Morat	«Regelungsinstrumente», Conférence au séminaire de législation de Murten sur la méthodologie législative (Bernhard Waldmann)
13.03. En ligne	«Judicial Review and Direct Democracy in Switzerland» Constitutional Justice Systems and Models of Judicial Review In America And Europe. Comparative Analysis of Their Evolution and Main Characteristics (Rekha Oleschak).
21.03. Berne	«Umsetzung der Agenda 2030 im föderalen System der Schweiz», Exposé à l'occasion de l'assemblée générale 2024 du Réseau des centres cantonaux de développement durable (RCCDD) (Andreas Stöckli)
21.03. Berne	«Verwaltungsaufsicht», Conférence dans le cadre de l'Executive Master of Public Administration de l'Université de Berne (Andreas Stöckli)
22.03. Berne	Organisation, direction du colloque et modération, 16 ^e colloque scientifique de l'Association suisse du droit de l'organisation administrative sur le thème: «Aktuelle Fragen im öffentlichen Personalrecht: Fachkräftemangel – Flexibilisierung der Arbeitsbedingungen – Digitalisierung – Datenschutz» (Andreas Stöckli, Ursula Marti et Natascia Nussberger).

22.03. Berne	«Aktuelle Rechtsprechung zum öffentlichen Personalrecht», Exposé lors de la 16 ^e Journée scientifique de l'Association suisse du droit de l'organisation administrative sur le thème «Aktuelle Fragen im öffentlichen Personalrecht: Fachkräftemangel – Flexibilisierung der Arbeitsbedingungen – Digitalisierung – Datenschutz» (Andreas Stöckli et Ursula Marti).
28.03. Lille (F)	Contribution à la journée d'étude «Les questions au Gouvernement», organisé par l'Université de Lille et l'Institut d'Etudes Politiques de Lille (Marlène Collette)
16.04. Glarus	Colloque sur la présentation «Stärkung der Krisensicherheit des politischen Systems des Kantons Glarus», Chancellerie d'État de Glaris (Bernhard Waldmann)
17. – 20.04. Ljubljana (SLO)	LEGITIMULT Mid-Term Conférence (Sören Keil)
18. – 19.04. Ljubljana (SLO)	«Ex-post legislative oversight of Covid-19 crisis governance», Paper Presentation, LEGITIMULT Mid-Term Conference (Edina Szöcsik)
23.04. Lausanne	«Contestatory Federalism in India», Séminaire à l'Université de Lausanne avec le Dr. Sean Müller (Rekha Oleschak)
04.05. En ligne	«Agonistic Assemblies: Internet Shutdowns in India and their impact on freedom of expression», International Seminar on Freedom of Expression and Role of Media: Reflections on the Commonwealth Latimer House Principles, Commonwealth Legal Education Association, New Delhi (Rekha Oleschak)
06.05. Berne	«Indien wählt: Demokratie Bar mit Bernard Imhasly und Rekha Oleschak» au Politforum Berne (Rekha Oleschak).
06.05. Göttingen (A)	«Emigration und Rechtspopulismus», Conférence au colloque de recherche de l'Institut de recherche sur la démocratie de l'université de Göttingen (Edina Szöcsik)
09.05. Londres (UK)	«Constitutionalism in Times of Crisis: Transnational Perspectives on Challenges & Ways Forward», Conférence à la CTLS Global Conference 2024 (Eva Maria Belser).
14.05. En ligne	«The EU Budget and its Conditionalities, by Mario Kölling», Moderation of Session on “Turn on Federalism” (Rekha Oleschak)
03.06. Cagliari (IT)	International Conference of the journal «Scuola Democratica», Présentation sur le dessin de travaux scientifiques, Université de Cagliari (Italie) (Véréna Richardier)
06.06. Addis Abeba (Éthiopie)	«Public Policy Making in Multi-Level Governance: Power, Institutions and Laboratory Federalism in Ethiopia», Center for Federalism and Governance Studies, PhD Viva with Niguise Daba Heyi (Eva Maria Belser).
07.06. Addis Abeba (Éthiopie)	«Solving Federal Disputes – Conflict Resolution Between Judicial Adjudication and Political Mediation», Presentation at the Center for Federalism and Governance Studies 2024 Graduate Seminar (Eva Maria Belser).
11. – 14.06. Montréal (CAN)	Participation à l'Association canadienne de science politique avec une présentation sur „Power-sharing for Peace” (Sören Keil)
12.06. Fribourg	«Fédéralisme et decentralization en Suisse: enjeux et histoire», Conférence dans le cadre de la visite d'une délégation de la Inspection Générale des Finances de la République Démocratique du Congo (Eva Maria Belser)
12.06. Fribourg	«Fédéralisme et fiscalité en Suisse : introduction», Conférence dans le cadre de la visite d'une délégation e la Inspection Générale des Finances de la République Démocratique du Congo (Eva Maria Belser)

13.06. Fribourg	«Les besoins en termes de formation _ IGF», Conférence dans le cadre de la visite d'une délégation de la Inspection Générale des Finances de la République Démocratique du Congo (Eva Maria Belser)
24.06. Fribourg	«Die Stellung der Regierung im Gefüge der Gewaltenteilung», Conférence au séminaire de droit public de l'Institut du fédéralisme pour les nouveaux membres du gouvernement (Andreas Stöckli)
28.06. Innsbruck (AUT)	«Finanzausgleich in der Schweiz», Exposé lors de la manifestation «40 Jahre Föderalismusinstitut in Fribourg », discussion de travail avec l'Institut du fédéralisme de l'Université d'Innsbruck (Andreas Stöckli)
12. – 15.08. Dublin (IRL)	«Expert advice bodies' role in Covid-19 crisis governance: Covid-19 vaccination mandates in Austria, Germany and Switzerland», Paper Presentation, ECPR General Conference, UCD (Edina Szöcsik)
12.08. Fribourg	«What is a State?», Presentation at the Summer University on Federalism, Decentralisation and Conflict Resolution (Eva Maria Belser)
14.08. Fribourg	«Federalism in Switzerland», Presentation at the Summer University on Federalism, Decentralisation and Conflict Resolution 2024 (Eva Maria Belser)
14.08. Fribourg	«Theories of Federalism», Presentation at the Summer University on Federalism, Decentralization and Conflict Resolution 2024 (Sören Keil)
22.08. Fribourg	«Federalism and resource tensions», Presentation at the conference «Is Federalism still a Viable Governance Tool in Times of Crisis?» (Eva Maria Belser)
22.08. Fribourg	«India's descent into autocratic legalism: A federal perspective» Summer University 30th edition «Is Federalism still a Viable Governance Tool in Times of Crisis?» (Rekha Oleschak).
23.08. Fribourg	Conférence finale du projet "Power-sharing for Peace?" (Sören Keil)
26.08. Fribourg	Federalism and Conflict in India, Summer University on Decentralisation and Conflict Resolution, 12.08. – 30.08.2024 (Team IRCC, Rekha Oleschak)
02. – 03.09. Fribourg	Direction du congrès et modération, 2ème Journées Fribourgeoises du Fédéralisme sur le thème «Kompetenz- und Aufgabenteilung im Bundesstaat – Grundsätze und deren Anwendung im Gesundheits- und Sozialwesen» (Andreas Stöckli et Bernhard Waldmann)
02.09. Fribourg	«Rechtsschutz bei Kompetenzstreitigkeiten», Conférence lors des 2èmes Journées Fribourgeoises du Fédéralisme sur le thème «Kompetenz- und Aufgabenteilung im Bundesstaat – Grundsätze und deren Anwendung im Gesundheits- und Sozialwesen» (Andreas Stöckli)
02.09. Fribourg	«An Introduction to the Swiss Federal System: Linguistic, Religious and Cultural Diversity», Conférence dans le cadre de la visite d'une délégation de la National Dialogue Commission Ethiopia (Eva Maria Belser)
02.09. Fribourg	Animation d'une table ronde avec Martin Bühler, Jacques Dubey, Michael Hermann, Florence Nater und Marie-France Roth Pasquier (Eva Maria Belser)
03.09. Fribourg	Modération de la table ronde «Aufgabenreform: Rückblick und Ausblick» avec le maire (Bienne) Erich Fehr, la conseillère aux Etats (FR) Johanna Gapany, le secrétaire général adjoint de la CdC Thomas Minger et le conseiller d'Etat (FR) Jean-Pierre Siggen à l'occasion des 2 ^{èmes} Journées du fédéralisme fribourgeois (Luis A. Maiorini)
04.09. Fribourg	«Protection of Minorities in Federal States: Issues and Challenges», Conférence dans le cadre de la visite d'une délégation de la National Dialogue Commission Ethiopia (Eva Maria Belser)
12. – 13.09. Vienne (AUT)	LoGov – Local Government and the Changing Urban-Rural Interplay, Final Conference (Eva Maria Belser) Governing cities and their surroundings, Discussion avec Karen Zimmermann (Eva Maria Belser)

13.09. Fribourg	«Aktuelles zum Verwaltungsrecht», Conférence dans le cadre du Service Pack 2024 Alumni Ius Frilex (Andreas Stöckli)
13.09. Fribourg	«Neue Entwicklungen im Verwaltungsrecht», Conférence dans le cadre du Service Pack 2024 Alumni Ius Frilex (Bernhard Waldmann)
17. – 18.09. Antwerpen (Pays-Bas)	Dynamic Federalism, IACFS Conference 2024 (Eva Maria Belser) Navigating between Uniformity and Subsidiarity: The European Court of Human Rights and Federal Human Rights Dynamics (Eva Maria Belser et Daan Smeekens)
20.09. Chypre	«Dive into Swiss federalism: a practical insight into the field of education», Public Talk organisé par l'ambassade de Suisse à Larnaca dans le cadre de la visite d'experts suisses du fédéralisme (Eva Maria Belser)
21.09. Chypre	«Federal power-sharing: a discussion on living diversity and unity in peace», Échange dans le cadre de la Journée internationale de la paix, organisée par l'ambassade de Suisse à Larnaca, Chypre (Eva Maria Belser)
26.09. Londres (UK)	Takling about Justice: Minority Rights, Conférence au Center for Transnational Legal Studies (Eva Maria Belser)
26.09. Berne	Participation au SNF NRP 80 Cluster Meeting on Governance & Economy dans le cadre du FNS NPR 80 projet «Covid-19 in der Gesellschaft» (Luis A. Maiorini et Michael Hediger)
11.10. Budapest (HON)	«Switzerland: Swiss and EU-relations: Current challenges and their causes», Présentation à l'atelier «Western Balkan's European future. The role of non-EU states in shaping European Integration», Université Andrassy de Budapest (Edina Szöcsik)
14.10. Fribourg	«Fédéralisme et décentralization en Suisse: enjeux et histoire», Conférence dans le cadre de la visite d'une délégation du Assemblée Provinciale du Kongo Central et Secrétariat Général à la Décentralisation (Eva Maria Belser)
14.10. Fribourg	«Différence entre fédéralisme et décentralisation», Conférence dans le cadre de la visite d'une délégation du Assemblée Provinciale du Kongo Central et Secrétariat Général à la Décentralisation (Eva Maria Belser)
21.10. En ligne	«Religionsfreiheit im Arbeitsverhältnis», Conférence dans le cadre de la série d'événements en ligne «Wissen am Mittag» de la Haute école spécialisée de Suisse orientale (OST) (Andreas Stöckli)
22.10. Genève	«How do you speak Swiss?» Consensus democracy, multilingualism and political participation. Atelier dans le cadre du projet financé par la Mobilière «Zukunft der Schweiz» avec Prof. Juliane Schröter (Université de Genève) (Véréna Richardier et Naomi Schaffer)
04.11. Nairobi, Kenya	«Constitutional and Legal issues related to Federalism in Somalia», Workshop on Fiscal Federalism in Somalia, organised by Intergovernmental Fiscal Federalism Technical Committee (IGFFTC), World Bank and SDC (Rekha Oleschak).
5.11. Brésil En ligne	«The Constitution-making Power of Swiss Cantons and their Use: From a Time of Slumber to a New Awakening», Center for Research in SubConstitutionalism, Federal University of Mato Grosso do Sul (Eva Maria Belser)
07.11. Morat	«Regelungsarchitektur und Aufbau von Erlassen», Conférence à l'occasion du séminaire de législation de Morat 2024 (Andreas Stöckli)
07.11. Morat	«Normtypen», Conférence à l'occasion du séminaire de législation de Morat 2024 (Bernhard Waldmann)
11.11. En ligne	«On Corporations: Understanding the Role and Limits of the Law», Induction Session for Students of St. Dominics College of Law, Kanjirapally, Inde (Rekha Oleschak)

13.11. Oxford (UK)	Research Workshop Human Rights (Eva Maria Belser)
14.11. Oxford (UK)	«Why the World did not Come Together», Bonavero Human Rights Institute, Thursday Perspectives (Eva Maria Belser)
14.11. Berne	«Haftung für Rechtsakte», Conférence au 9 ^e Forum du droit administratif sur le thème «Öffentliches Entschädigungsrecht», Berne (Bernhard Waldmann)
14.11. Berne	«Haftungssubjekte im Gefüge dezentraler Verwaltungsstrukturen», Conférence au 9 ^e Forum du droit administratif sur le thème «Ausgewählte Fragen zum öffentlichen Entschädigungsrecht» de l'Institut de droit et d'économie de l'Université de Fribourg (Andreas Stöckli)
14.11. Berne	«Wie viel Parlament braucht's in Krisenzeiten?», Conférence dans le cadre du cycle de manifestations «Demokratie-Bar» du Polit-Forum Berne (Luis A. Maiorini)
30.11. Kapstadt (SA)	«Inclusive decision-making», Conversations: Democracy and development – government by the people, for the people, avec Karen van Marle and Susan Booysen, présenté par Nico Steytler (Eva Maria Belser)
01.12. Le Cap (SA)	«The right to development and global democracy», Conversations: Democracy and development – government by the people, for the people, avec Christina Murray, Xavier Philippe et Benyam Mezmur, présenté par Jaap de Visser (Eva Maria Belser)
01.12. Le Cap (SA)	«Democratic governance and the lack of inclusive development», Conversations: Democracy and development – government by the people, for the people, avec Zemelak Ayele, Nico Steytler, Ebrahim Fakir et Benyam Mezmur (Eva Maria Belser)
05.12. Lucerne	«Haftung von Arbeitnehmenden im öffentlichen Dienst», Présentation lors du congrès sur le droit public du personnel de l'Institut pour la science et la pratique du droit de l'Université de St-Gall (Andreas Stöckli)
10.12. En ligne	«Postcolonial Federalism and the Islamic Republic of Pakistan», by Shahal Khoso, Modération de la session sur «Turn on Federalism» (Rekha Oleschak).

Impressum:

Institut du Fédéralisme
 Av. Beauregard 1
 CH-1700 Fribourg
 Tél. +41 (0) 26 300 81 25
 E-Mail : federalism@unifr.ch
<http://www.federalism.ch>

Tirage : 350
 Rédaction : Institut du Fédéralisme
 (Coordination : Martina Tödtling)
 Traduction / relecture : Nicolas Schmitt, Martina Tödtling
 Graphisme : Daniel Wynistorf, Fribourg
 Impression : Canisius SA, Fribourg
 Photo de la couverture : Daniel Wynistorf

2024

